

Gemeinsam Flüchtlingen helfen

Eine Aufgabe für drei: Unter dem Dach des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung setzen sich Brot für die Welt, die Diakonie Katastrophenhilfe und die Diakonie für Flüchtlinge und Migranten ein.



Die unmittelbare Versorgung mit Wasser und Nahrung ist Teil der humanitären Hilfe für Flüchtlinge

In ihrer gemeinsamen Arbeit setzen Diakonie, Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe unterschiedliche Schwerpunkte und ergänzen sich. Dabei können sie weltweit auf über Jahre gewachsene Strukturen in Kirche und Diakonie in der Flüchtlingsarbeit zurückgreifen. Eine Arbeitsgruppe im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung wurde eingerichtet, um das Engagement für Flüchtlinge angesichts der Herausforderungen noch stärker zu vernetzen und zu koordinieren. Dabei geht es um die Menschen, die ihre Heimat aufgrund von unerträglicher Not, Gewalt, Verfol-

gung oder Diskriminierung verlassen müssen. Gegenwärtig sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren 2016 weltweit 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon Kinder. Das ist die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde. Über 40 Millionen Menschen sind Vertriebene im eigenen Land.

Brot für die Welt setzt sich über Partnerorganisationen vor Ort für die Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit ein. Außerdem enga-

giert sich das evangelische Entwicklungswerk für Migrations- und Flüchtlingspolitik, die an den Menschenrechten ausgerichtet ist, fördert Beratung in Rechtsfragen und macht Bildungsarbeit.

Die Diakonie Katastrophenhilfe hilft Flüchtlingen vor Ort sowie in Transitländern. Gegenwärtig ist die Diakonie Katastrophenhilfe in rund 20 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Sie leistet etwa Nothilfe für Flüchtlinge und Vertriebene im Nordirak, in der Türkei, im Libanon, in Jordanien und in Syrien sowie in Griechenland und Serbien. Vielfach arbeiten die Schwesterorganisationen Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt Hand in Hand, zum Beispiel in Serbien. Ebenso kooperieren sie mit Partnern des internationalen kirchlichen Hilfsnetzwerkes ACT Alliance.

Die Diakonie Deutschland leistet Hilfe für Flüchtlinge in Deutschland. Schwerpunkte liegen in der unabhängigen Asylverfahrens- und Sozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Kommunen, in der psychosozialen Betreuung, in der Gemeinwesen- und Projektarbeit der Migrationsfachdienste und der

Koordination des freiwilligen Engagements. In der politischen Arbeit setzt sich die Diakonie für einen legalen Zugang Schutzsuchender in die EU, für die freie Wahl des Zufluchtslandes und bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland und der EU ein.

Brot für die Welt

Migration und Entwicklung ist ein zentrales Arbeitsfeld des evangelischen Entwicklungswerks. Migration ist eine wichtige Dimension menschlicher Entwicklung. Dafür sind politische Rahmenbedingungen zum Schutz der Menschen nötig. Immer häufiger zwingen aber zunehmende Armut, strukturelle Ungleichheit, Gewalt, Folgen des Klimawandels, Krieg und Bürgerkrieg Menschen dazu, ihr Lebensumfeld zu verlassen.

Viele Ursachen für Flucht und armutsbedingte Migration sind in scheiternden nationalen Entwicklungsstrategien, zerfallenden Staaten oder fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte begründet. Ziel von Brot für die Welt ist es nicht, Migration zu verhindern. Mobilität soll vielmehr als normale Tatsache anerkannt werden. Aber die Entscheidung zu migrieren sollte nicht auf-



Schutzsuchende im griechischen Flüchtlingslager Diavata, das in Thessaloniki liegt. Es wird vom Militär verwaltet.

Gemeinsam Flüchtlingen helfen

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

Marken

Brot
für die Welt

Diakonie 
Katastrophenhilfe

Diakonie 
Deutschland

Ziele

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch sein Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen kann, genauso wie seine selbstbestimmte Entscheidung darüber, in seinem Heimatland bleiben zu können und nicht vor Menschenrechtsverletzungen, Krieg und Gewalt oder anderen Gründen fliehen zu müssen. Wir tragen dazu bei, dass sich die Rechtssituation und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in Herkunfts-, Transit- und Zielländern verbessern, u. a. auch durch die Stärkung der Arbeit von Kirche und Diakonie in diesen Handlungsfeldern (Kirchen helfen Kirchen).

Die Diakonie Katastrophenhilfe leistet weltweit dort Hilfe, wo die Not am größten ist. Gegenwärtig ist sie in rund 20 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Sie unterstützt Menschen, die ihre Notlage nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Sie hilft unabhängig von Religion, Hautfarbe und Nationalität.

Die Diakonie Deutschland setzt sich dafür ein, dass Schutzsuchende die Möglichkeit auf legale Einreise aus Transitstaaten in die EU haben, beispielsweise durch ein europäisches Resettlementprogramm, visumsfreie Einreise aus Kriegsgebieten und humanitäre Visa. Der Wunsch der Schutzsuchenden, das zukünftige Aufnahmeland zu wählen, soll berücksichtigt werden. Außerdem tritt die Diakonie Deutschland für die Verbesserung der Rechtsstellung und Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden in Deutschland ein. Auch bei hohen Zugangszahlen müssen nach ihrer Ansicht gute Aufnahmestandards und Teilhabemöglichkeiten in Kommunen und Ländern sichergestellt sein.

Länder



Tätigkeitsfelder

- Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit gemeinsam mit Partnerorganisationen weltweit
- Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- weltweite Rechtsberatung von Menschenrechtsverteidigenden mit Partnerorganisationen vor Ort
- nationale und internationale Lobby- und Advocacyarbeit für menschenwürdige Migrations- und Flüchtlingspolitik
- entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland
- gemeinsam mit Partnerorganisationen humanitäre Hilfe für Binnenvertriebene und Flüchtlinge: Versorgung mit Wasser, Nahrung, Hygieneartikeln und Medikamenten sowie psychosoziale Unterstützung und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten
- Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung
- Hilfe für Flüchtlinge in Deutschland: Asylverfahrensberatung, Sozialberatung und psychosoziale Betreuung, Gemeinschaftsunterbringung und Vermittlung in dezentralen Wohnraum und in Deutschkurse, Willkommensbündnisse
- Migrationsfachberatung für Flüchtlinge mit festen Aufenthaltsstatus zu Wohnsituation, Familienzusammenführung, Zugang zu Arbeitsmarkt und Teilhabe
- Lobbyarbeit für legale Fluchtwege, bessere Lebensbedingungen und Schutz für Flüchtlinge in Deutschland und mit Netzwerkorganisationen auf europäischer Ebene



Weil der Klimawandel den Meeresspiegel steigen lässt und Stürme und Überflutungen zunehmen, verlassen diese Menschen in Bangladesch ihren Heimatort Dhaka und suchen Zuflucht in der Hauptstadt.

grund fehlender Lebensalternativen gefällt werden müssen.

Deshalb setzt sich Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen für zwei Ziele ein: Einerseits dafür, Menschen ein selbstbestimmtes Bleiben in ihren Herkunftsregionen zu ermöglichen. Friedenspädagogische Projekte wie im Ostkongo sind dazu ein wichtiger Beitrag. Andererseits trägt Brot für die Welt dazu bei, den Schutz sowie die rechtliche und praktische Situation von Migrantinnen und Migranten in den Transit- und Zielländern zu verbessern.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen spricht jedem Menschen das Recht auf Freizügigkeit zu. Artikel 13 hält fest: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.“ Auch Entwicklung wird weltweit als legitimes Ziel angesehen, während die Nutzung von Entwicklungschancen durch Migration häufig kriminalisiert wird.

Die Chancen, legal in die EU einzureisen, sind für Migranten und Flüchtlinge kaum mehr existent. Die Einschränkung legaler Migrationswege drängt Migrationswillige in die Illegalität und macht sie noch leichter zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere Frauen und Kinder sind von gewaltsamen Übergriffen und Ausbeutung betroffen.

Die Auseinandersetzung mit der Migrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, aber auch der EU ist deshalb ein wesentlicher Teil der Arbeit, auch in enger Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland. Brot für die Welt hält es für wichtig, die Vielzahl der kirchlichen und diakonischen Akteure im Migrations- und Entwicklungsbereich miteinander zu vernetzen und mit der Diakonie Deutschland und der Diakonie Katastrophenhilfe gemeinsame Standpunkte zur Flüchtlings- und Asylpolitik, Lobby- und Advocacyarbeit, Rechtsfragen sowie Flüchtlingsarbeit zu entwickeln.

Brot für die Welt unterstützt über sein zwischenkirchliches Hilfsprogramm Kirchen helfen Kirchen die kirchliche Arbeit zur Integration von

Flüchtlingen in Europa, zum Beispiel in Italien. Das Stipendienprogramm des Evangelischen Kirchenbunds Italien ist einzigartig. Denn Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten erhalten von staatlicher Seite in Italien wenig Unterstützung. Neben Spracherwerb und Beratungsangeboten haben Flüchtlinge im Rahmen des Programms die Möglichkeit, sich über berufliche Fortbildungsprogramme und im Rahmen von Universitätsstipendien besser für den italienischen Arbeitsmarkt zu qualifizieren. So werden sie ökonomisch gestärkt, in die italienische Gesellschaft integriert und ihr soziales Ansehen steigt. Die Unterstützung des Flüchtlingsdienstes des Dachverbandes evangelischer Kirchen in Italien durch Kirchen helfen Kirchen ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität der deutschen Kirchen mit Minderheitenkirchen, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

www.brot-fuer-die-welt.de

Diakonie Katastrophenhilfe

Die Diakonie Katastrophenhilfe versorgt weltweit Menschen auf der Flucht mit lebenswichtigen Hilfsgütern und steht ihnen beim Aufbau einer neuen Existenz bei. Dazu zählen auch von der Öffentlichkeit „vergessene Konflikte“, aufgrund derer wie in Kolumbien oder Pakistan Millionen Menschen im Land vertrieben sind oder im Ausland Schutz suchen müssen. Der größte humanitäre Einsatz findet aktuell in Syrien und seinen Nachbarländern Jordanien, Türkei, Libanon und Irak statt.

Der Ausbruch des Krieges in Syrien und der gewaltsame Vormarsch des sogenannten Islamischen Staats in den Irak haben die Situation der Bevölkerung in der Region immer weiter verschlechtert. Mehr als 15 Millionen Menschen mussten in den letzten Jahren die Flucht ergreifen und leben unter enorm schwierigen und teilweise bedrohlichen Verhältnissen.

Im Frühjahr 2012, wenige Monate nach Beginn des Krieges in Syrien, startete die Diakonie



In Jordanien versorgt die Diakonie Katastrophenhilfe Flüchtlinge aus Syrien mit lebensnotwendigen Gütern.

Katastrophenhilfe ihr Hilfsprogramm für die Menschen, die aufgrund der schweren Kämpfe in Syrien vertrieben wurden oder in den Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Türkei und Irak Schutz suchen. Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) leben etwa 85 Prozent der Flüchtlinge in den Staaten um Syrien außerhalb der offiziellen Camps. Unzählige Familien haben ihre finanziellen Reserven aufgebraucht. Unzählige Flüchtlinge wurden Zeugen von Gewalt und sind stark traumatisiert. Sie kommen in Zelten, nicht fertig gebauten Häusern, Garagen oder auch in Mietwohnungen unter. Diese Menschen mit lebensnotwendigen Hilfsmitteln zu erreichen, ist eine besondere Herausforderung für die lokalen Helferinnen und Helfer.

Nicht nur die geflohene Bevölkerung leidet. Über die Jahre hat auch die Bevölkerung der aufnehmenden Gastländer die Auswirkungen der dauerhaften Krise zu spüren bekommen. Die staatlichen Dienstleistungen sind überfordert, der Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt stark umkämpft. Zunehmend greift der Konflikt auch auf die Nachbarländer über. Ein Ende der dramatischen Situation ist vorerst nicht absehbar.

Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt aus diesem Grund mit ihren lokalen Partnern Projekte um, die der betroffenen Bevölkerung eine würdevolle Unterstützung in der akuten Notlage verschaffen und sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse schaffen und neue Entwicklungschancen eröffnen. Das Hilfsprogramm erreichte bisher knapp 880.000 Menschen - vor allem Flüchtlingsfamilien, die außerhalb der offiziellen Camps wohnen und Gemeinden, die die Vertriebenen aufnehmen.

Für die Umsetzung der Projekte erhielt die Diakonie Katastrophenhilfe Zuwendungen des Auswärtigen Amtes und anderer Drittmittelgeber in Höhe von 48 Millionen Euro. Das Hilfswerk stellte mehr als 9,5 Millionen eigene Mittel zur Verfügung.

Fließen die Menschen nach Europa, müssen sie dies unter lebensbedrohlichen Umständen auf dem Land- und Seeweg tun, meist in Richtung Italien, Griechenland, Spanien und in die nördlichen EU-Staaten. Die Flüchtlinge benötigen auf diesem Weg vor allem Wasser, sanitäre und



Zehntausende Menschen flohen in den letzten Jahren vor Dürre und Krieg nach Dadaab, eines der größten Flüchtlingslager der Welt in Kenia.



Verfahrensberatung für Asylsuchende des Ev. Dekanats in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

medizinische Versorgung. Die Diakonie Katastrophenhilfe stellt besonders bedürftigen Familien in Griechenland Wohnraum zur Verfügung und versorgt Menschen über Gemeindezentren mit Essen.

www.diakonie-katastrophenhilfe.de

Diakonie Deutschland

Die Diakonie Deutschland verfügt mit ihren Organisationen und Einrichtungen über einen jahrelang gewachsenen Erfahrungsschatz in der Flüchtlingsarbeit.

Die Flüchtlingshilfe der Diakonie besteht in erster Linie aus Beratungsangeboten: Die Diakonie hat bundesweit mehr als 400 Angebote für Asylsuchende und Menschen, die nur geduldet sind. Dabei handelt es sich insbesondere um unabhängige Asylverfahrens- und Sozialberatung, psychosoziale Beratung und Psychotherapie sowie die Flüchtlingssozialarbeit in Kommunen. Die Diakonie trägt mehr als die Hälfte der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge aller Verbände bundesweit. Daneben gibt es weitere Angebote wie das Clearingverfahren für unbegleitete minder-

jährige Flüchtlinge und Einrichtungen zur Unterbringung von Asylsuchenden und Wohnungsvermittlungsstellen sowie die Gemeinwesen- und Projektarbeit der Migrationsfachdienste. Zusätzlich koordiniert die Diakonie mit rund 5.000 hauptamtlichen Mitarbeitenden die Vielzahl der geschätzt 80.000 freiwillig Engagierten.

Außerdem ist die Diakonie gemeinsam mit dem UNHCR, der Caritas und dem DRK Trägerin der Rechtsberaterkonferenz, einem Zusammenschluss von über 70 Rechtsanwältinnen und -anwälten. Sie beraten wohlfahrtsverbandliche und kirchliche Mitarbeitende in Asylangelegenheiten. Darüber hinaus trägt die Diakonie mehr als 600 Migrationsfachdienste für Menschen mit gesichertem Aufenthaltsstatus. Anerkannte Flüchtlinge suchen Rat in der Migrationsberatung für Erwachsene und in Jugendmigrationsdiensten. Mit einem Fonds für Familienzusammenführungen unterstützt die Diakonie Deutschland Reisekosten für den Nachzug von Ehegatten, Eltern und minderjährigen Kindern. Kirchliche Mittel in Millionenhöhe werden bereitgestellt, mit denen zusätzliche Stellen und Projekte in der Flüchtlingsarbeit geschaffen werden konnten.



Mit viel Engagement üben Freiwillige wie hier in bei der Ökumenischen Flüchtlingshilfe in Bad Soden mit Flüchtlingen Deutsch.

In ihrer politischen Arbeit setzt sich die Diakonie dafür ein, Schutzsuchenden einen legalen Zugang in die EU zu ermöglichen, die Wünsche von Flüchtlingen bei der Wahl des Zufluchtsortes zu berücksichtigen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Hierfür spielt die gesellschaftliche Teilhabe, die Wohnsituation, die gesundheitliche Versorgung und der Bildungs- und Arbeitsmarktzugang eine wesentliche Rolle. Die Diakonie fordert eine qualifizierte Beratung und Begleitung und spricht sich gegen Asylrechtsverschärfungen besonders bei den Sozialleistungen als Instrument der Migrationspolitik aus.

Die politische Lobbyarbeit findet sowohl auf bundes- als auch europäischer Ebene statt. Die Diakonie ist Mitglied bei der Kirchlichen Kommission für Migranten CCME, dem Europäischen Flüchtlingsrat ECRE und Eurodiaconia. Beispiele aus der Flüchtlingsarbeit der Diakonie Deutschland und das Verzeichnis aller Migrationsfachdienste sind zu finden unter

www.diakonie.de/journal/wie-die-diakonie-fluechtlingen-hilft/

www.diakonie.de/wissen-kompakt/migrationsfachdienste/

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jörg Böthling (S. 4), Paul Jeffrey (S. 6), Thomas Lohnes (S. 2), Christoph Püschner (S. 1, 5), Bernd Roselieb (S. 7), Andreas Unger (S. 8) **Redaktion** Anne Dreyer, Maike Lukow, Sebastian Ludwig, Katharina Stamm, Sophia Wirsching

V.i.S.d.P. Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, August 2017

Flucht und Vertreibung in Kolumbien

Kolumbien ist das Land mit den meisten intern Vertriebenen weltweit. Mehr als 50 Jahre Bürgerkrieg zwischen FARC-Guerilla, Paramilitärs, Drogenkartellen und der kolumbianischen Armee haben grausame Spuren an der Zivilbevölkerung hinterlassen: Jeder sechste Kolumbianer wurde Opfer der Gewalt und mehr als sieben Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben. 220.000 Menschen haben ihr Leben verloren. Das 2016 beschlossene Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC-Guerrilla gibt Grund zur Hoffnung. Die FARC hat ihre Waffen abgegeben und will zurück ins zivile Leben. Doch die schwierige Gratwanderung zwischen einer Amnestie für die Täter und andere Konfliktakteure und einer Entschädigung für die Opfer fordert vor allem eins von der kolumbianischen Gesellschaft: Mut zur Versöhnung.



Tausende von Vertriebenen leben in Armenvierteln am Rande von Großstädten. Der Staat lässt die Menschen allein.

Kolumbien liegt im äußersten Nordwesten Südamerikas und hat Grenzen mit Panama, Brasilien, Peru und Venezuela. Die wichtigsten Ressourcen sind Erdöl und Erdgas, Steinkohle und Bodenschätze wie Gold, Platin und Silber. Der Zugang zu Land spielt eine Schlüsselrolle für die

Agrarproduktion von Kaffee und Schnittblumen für den Export sowie für die Viehwirtschaft. In Kolumbien leben knapp 50 Millionen Menschen, von denen 77% in Städten wohnen. Die Landflucht ist auch eine Folge des jahrzehntelangen Bürgerkrieges.

Der Konflikt in Kolumbien begann in den 1960er-Jahren als Protest gegen die extreme soziale Ungleichheit im Land. Regionale Eliten hatten Ende des 19. Jahrhunderts damit begonnen, sich großflächig Ländereien und ihre Herrschaft zu sichern. Das führte bereits damals zunehmend zu Konflikten um Land und Arbeit zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern. Ende der 1940er Jahre wurden soziale Reformen der damaligen Regierung durch die Großgrundbesitzer gestoppt. Nachdem der liberale Führer ermordet und eine Revolte blutig niedergeschlagen wurde, begann eine Dekade „ungezügelter Gewalt“: Hunderttausende wurden enteignet, ermordet und eine Welle der Vertreibung in Gang gesetzt. Fehlender Zugang zu Land und eine ungerechte Verteilung blieben der Grundkonflikt, an dem sich die Aufstände der Landbe-

völkerung entzündeten. Sie wurden vom politischen Leben ausgeschlossen und Oppositionelle zunehmend bedroht. Daraufhin schlossen sich bäuerliche Selbstverteidigungsgruppen im Kontext der Guerilla-Bewegung dem bewaffneten Kampf an.

In den folgenden Jahrzehnten weitete sich der Konflikt zum erbitterten Krieg zwischen verschiedenen Gewaltakteuren aus, in dem der Drogenanbau und der Drogenhandel eine maßgebliche Rolle spielten. Im Kampf um die territoriale Hegemonie standen sich zahlreiche Gewaltakteure wie die linken Guerrillagruppen FARC und ELN, die kolumbianische Armee sowie rechtsextreme Paramilitärs gegenüber, die von Großgrundbesitzern und der Regierung unterstützt wurden. Die endlose Spirale der Gewalt traf vor allem die Zivilbevölkerung: 80 Prozent der Opfer waren Zivilisten. Der kolumbianische Staat konnte die bedrohten Menschen kaum unterstützen, da er in abgelegenen Regionen des Landes weder mit sozialer Infrastruktur noch politisch präsent war. Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Ämter wurden dort von der FARC-Guerilla besetzt und kontrolliert.

Gewalt und Vertreibung auf dem Land

Im Kampf um Anbauflächen für Koka und den Zugang zu Bodenschätzen wie Gold, Steinkohle und Erdöl stand die ländliche Bevölkerung jahrzehntelang schutzlos zwischen den Fronten. Die verschiedenen Konfliktparteien betrachteten die Gemeinden in den umkämpften Gebieten entweder als ihre Verbündeten oder als Feinde. Dorfbewohner, die ihr Stück Land gegen die Drogenkartelle verteidigen wollten, wurden eingeschüchtert, angegriffen, ihre Familien bedroht oder vertrieben. Massaker und die Zerstörung ganzer Dörfer gehörten auf allen Seiten zur Kriegsstrategie. Fast 11.000 Menschen wurden durch Landminen verletzt - häufig tödlich. Um der Gewalt zu entkommen, flüchteten mehr als sieben Millionen aus ihren Heimatdörfern und suchten Zuflucht in den Städten. Seit Beginn des bewaffneten Konflikts flohen mehr als 500.000 Menschen in die Nachbarländer Venezuela und Ecuador.

Zwangsvertriebene am Rande der Gesellschaft

Am stärksten waren die ländlichen Gebiete in den Departments Antioquía, Caquetá, Nariño, Norte de Santander, Putumayo, Tolima und Valle del Cauca von den gewaltsamen Auseinandersetzungen betroffen. Sie liegen zum größten Teil am Pazifik oder sind Grenzregionen zu Ecuador, Panama, Peru und Venezuela. Die meisten Vertriebenen fanden Zuflucht in illegal errichteten Siedlungen am Rande der Provinzhauptstädte oder in der Hauptstadt Bogotá. Dort leben sie bis heute - meist am Existenzminimum - in Elendsvierteln. Abgeschnitten von den städtischen Versorgungsnetzen bestimmen Armut und Perspektivlosigkeit ihr Leben. Nur jeder Zehnte hat eine menschenwürdige Unterkunft, fast 90 Prozent leben in Armut. Die Infrastruktur und sozialen Leistungen reichen nicht aus, die Gesundheitsversorgung ist vielerorts prekär. Es fehlt an Lebensmitteln, sauberem Wasser, Wohnraum und an Sicherheit. Die meisten Vertriebenen können nicht genug Einkommen für sich und ihre Familien erwirtschaften. Vor allem Kinder und Jugendliche sind mangel- und unterernährt.



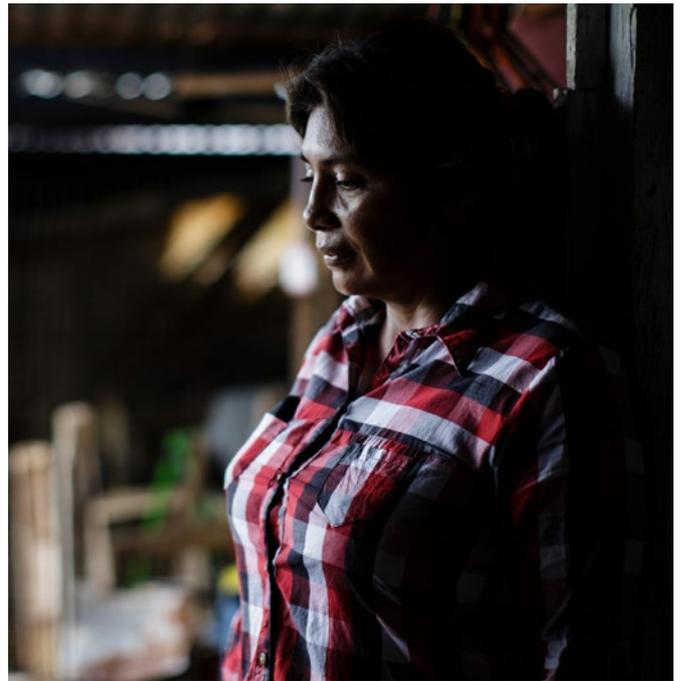
Viele Menschen suchten Schutz vor dem bewaffneten Konflikt in illegalen Wellblech-Siedlungen.

Humanitäre Hilfe im Konfliktkontext

Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe Vertriebene in verschiedenen Regionen. Sie bekommen Hilfe bei ihrer offiziellen Registrierung als Bürgerkriegsopfer und bei der Suche nach Arbeit und Wohnraum. In Frauen- und Jugendgruppen werden Betroffene über ihre Rechte aufgeklärt und gestärkt. Das Opfergesetz aus dem Jahr 2011 sichert den Zwangsvertriebenen staatliche Unterstützung, Entschädigungsleistungen sowie die Rückgabe von Land zu. Offiziell sind bis dato 8,5 Millionen Menschen als Opfer in Kolumbien registriert. Doch bisher hat nur ein Bruchteil der Vertriebenen davon profitiert. Ungewiss bleibt, ob sich diese Situation mit der Verabschiedung des Friedensabkommens zwischen FARC und Regierung in Zukunft grundlegend ändern wird.

Hoffnung für Vertriebene

Auch Maria Canto kämpft noch mit den Folgen ihrer Vertreibung. Vor sechs Jahren musste die 42-jährige Landarbeiterin ihr Grundstück im Department Cauca in der südlichen Andenkordillere verlassen. Guerrillagruppen hatten gedroht, ihre Söhne als Kindersoldaten zu rekrutieren. Sie floh mit ihren Kindern in die Provinzhauptstadt Florencia im Bundesstaat Caquetá, wo sie in einer illegalen Siedlung am Stadtrand untergekommen ist. Eine Sandpiste führt durch den Ort, viele der Hütten sind aus Plastikfolien, Bauresten und Wellblech zusammen gezimmert. Es gibt weder einen Lebensmittelladen, noch eine Schule oder eine Gesundheitsstation. Anfangs litt Maria Canto unter der Angst, dass ihrer Peiniger sie verfolgen würden. Aber die Frauengruppe der Organisation Corpomanigua, ein Partner der Diakonie Katastrophenhilfe, vermittelte ihr eine neue Perspektive. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter klären die Frauen über ihre Rechte auf und bieten ihnen psychosoziale Hilfe und Schutz gegen sexuelle Gewalt. In der Gruppe konnte Maria ihre traumatischen Erlebnisse verarbeiten und fand dadurch wieder Halt. Als Gemeindeführerin setzt sie sich heute für das Wohl der Hilfebedürftigsten in der Siedlung ein und kämpft darum, dass die Landtitel der Vertriebenen anerkannt werden.



Maria Canto floh mit ihrer Familie vor der Guerrilla in die Provinzhauptstadt. Die Angst vor ihren Peinigern verfolgt sie bis heute.

Kampf gegen die Straflosigkeit

Die Partnerorganisationen von Brot für die Welt setzen sich für den Schutz der Menschenrechte und für die Einhaltung rechtsstaatlicher und völkerrechtlicher Prinzipien ein. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen der Schutz der Opfer und ihr Recht auf Entschädigung. Die Organisationen engagieren sich für indigene und afro-kolumbianische Gemeinden, für Kleinbauernfamilien und Menschenrechtsverteidiger und insbesondere für Frauen und Mädchen. Sie alle sind von systematischen Menschenrechtsverletzungen betroffen, die im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stehen. Dazu gehört, dass Menschen gewaltsam von ihrem Land vertrieben, entführt oder getötet werden, sexuelle Gewalt erleiden oder spurlos verschwinden. Für den überwiegenden Teil dieser Gewalt sind paramilitärische Einheiten und Guerrillagruppen verantwortlich, aber auch die Polizei, das Militär und Geheimdienste, die ihre Verbrechen bis heute leugnen. 90 Prozent dieser Verbrechen werden nicht strafrechtlich verfolgt, was sich verheerend auf die kolumbianische Gesellschaft auswirkt. Menschenrechtsverteidiger, die sich

für Betroffene einsetzen, werden oftmals von staatlicher Seite und den Medien als Unterstützer von Terrorismus verleumdet und bedroht.

Aus diesem Grund geht es beim Friedensabkommen um den Umgang mit den verübten Menschenrechtsverbrechen, um Entschädigungsrechte sowie um Prävention, damit sich diese Verbrechen nicht wiederholen. Daher spielt für die gesellschaftliche Aussöhnung die Übergangsgerechtigkeit eine zentrale Rolle. Sie soll die Untersuchung und Verurteilung begangener Verbrechen regeln und zur Wahrheitsfindung beitragen. Jedoch wurden bereits gravierende Mängel an dieser Regelung deutlich und der Verdacht laut, dass Täter weiterhin straflos davonkommen, obwohl sie Verbrechen gegen die Menschheit begangen oder mit paramilitärischen oder anderen bewaffneten Gruppen zusammengearbeitet und diese finanziert haben. Insofern wird entscheidend sein, dass die Vereinbarungen des Friedensabkommens konsequent umgesetzt werden.

Versöhnungsarbeit fördern

Das Department Antioquía ist nach der Hauptstadt Bogotá die bevölkerungsreichste Region Kolumbiens. Sie ist besonders reich an Bodenschätzen. Hier leben 6,3 Millionen Menschen, die Hälfte davon im Großraum Medellín. Antioquía hat mit 1,3 Millionen Menschen die höchste Opferrate in ganz Kolumbien, weil so viele Menschen verschwunden sind oder gewaltsam vertrieben wurden. Für die Aufklärung von

solchen Menschenrechtsverletzungen setzt sich das Anwaltskollektiv Corporación Jurídica Libertad (CJL) ein, ein Partner von Brot für die Welt. Über 3.000 Opfer hat das CJL bis heute beraten, juristisch begleitet und konnte Entschädigungen durchsetzen. Zehn Fälle brachte das Anwaltskollektiv sogar vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission und leistete damit Pionierarbeit. Als Präzedenzfälle wirken sie sich in ganz Kolumbien positiv auf vergleichbare Verfahren von anderen Opferverbänden aus. Auch die Partnerorganisationen Conciudadanía und die Comisión Colombiana de Juristas (CCJ) begleiten Strafprozesse von Opfern und betreuen sie psychosozial. Gemeinsam mit anderen Organisationen üben sie politischen Druck aus, damit die Zivilgesellschaft an der Umsetzung und am Monitoring des Friedensabkommens beteiligt wird. Außerdem veranstalten sie öffentliche Aktionen für eine kollektive Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit.

All dies sind erste wichtige Schritte für die Wahrheitsfindung, für Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Prävention in dem von Gewalt gebeutelten Land. Sie sind zentral für die Transformation der Gesellschaft. Diese kann nur gelingen, wenn sich alle Akteure dazu verpflichten, die Menschenrechte und das internationale Recht zu wahren. Dafür müssen die Wurzeln des Konflikts in Kolumbien gelöst werden: die strukturelle Ungleichheit innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Federico Rios **Autorin** Christina Margenfeld **Redaktion** Eva Wagner, Sophia Wirsching

V.i.S.d.P. Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Oktober 2017

Gefahren auf der Flucht: Die europäische Festung und die Auslagerung des Grenzschutzes

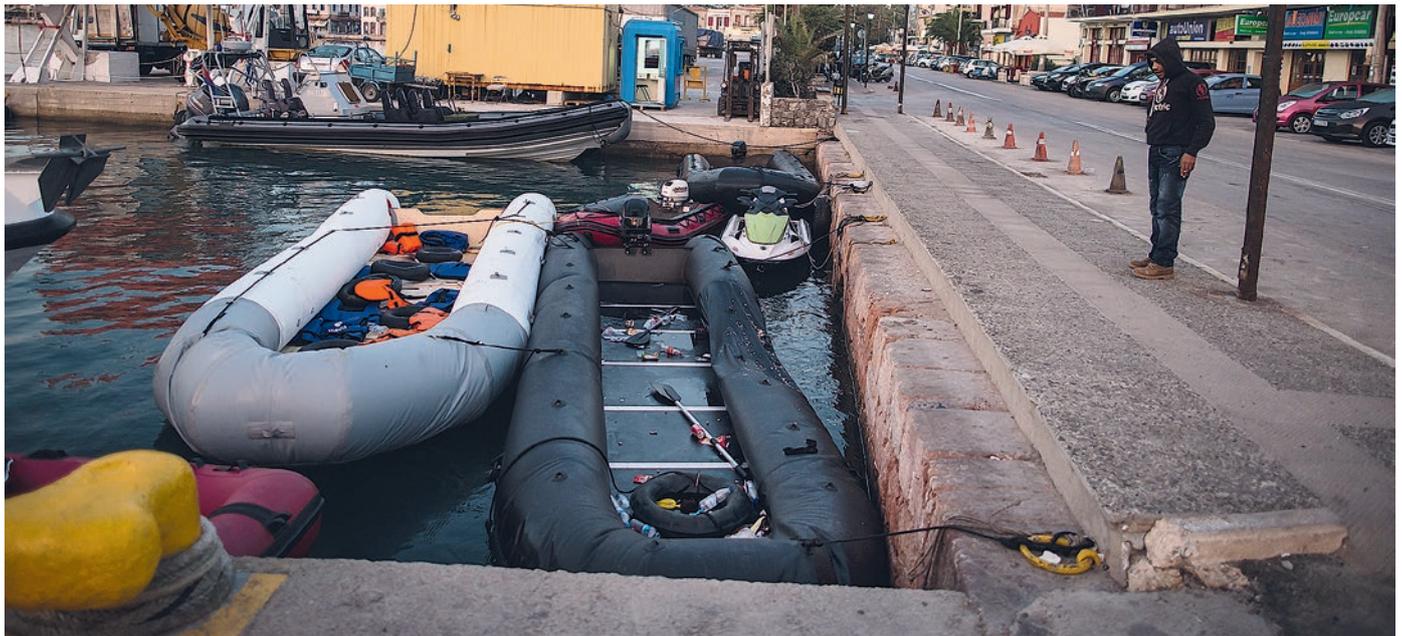
Immer mehr Menschen suchen Zuflucht in Europa - gleichzeitig aber verschanzt sich Europa hinter neuen Mauern und Zäunen. Engmaschiger, messerscharfer Stacheldraht, Radarüberwachung, Sperrzonen, Satellitenaufklärung, Kriegsschiffe, Polizei- und Grenzschutztruppen schotten unseren Kontinent ab. Diese Grenzschutzpolitik zwingt Schutzsuchende auf lebensgefährliche Fluchtrouten. Und sie nimmt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. Schutzsuchende und Migranten werden zusätzlich schon weit vor den europäischen Außengrenzen an der Flucht gehindert und gegen ihren Willen und oft unter unmenschlichen Bedingungen festgesetzt.



Mit Stacheldraht, Zäunen und schwerem militärischen Gerät wird Schutzsuchenden der Zugang zur EU verwehrt.

Europas Migrations- und Fluchtabwehr beginnt längst nicht mehr an den eigentlichen Grenzen, sondern bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten: in vielen afrikanischen Staaten, im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Osteuropa. Obgleich in den Vereinbarungen mit Staaten

in diesen Regionen von einem „Diskurs auf Augenhöhe“ gesprochen wird, sind Länder wie Tunesien, Marokko, Ägypten oder Albanien wirtschaftlich und politisch abhängig von der Europäischen Union. Sie erhoffen sich für ihre Kooperation bei der Migrationskontrolle finan-



Die Flucht über das Mittelmeer in Schlauchbooten wie diesen hat das Mittelmeer längst zu einem Massengrab für Schutzsuchende werden lassen.

zielle Gegenleistungen und bessere Beziehungen zur EU.

In den meisten Anrainer-, Herkunfts- und Transitstaaten investieren die Europäische Union und einige Mitgliedstaaten in die Aufrüstung der Sicherheitsapparate - angesichts der oft autoritären Regierungen ein für die Schutzsuchenden riskantes Spiel. Denn Misshandlungen und Willkür durch die Polizei- und Sicherheitsbehörden gegenüber Schutzsuchenden sind dort bereits an der Tagesordnung. Menschenrechtliche Mindeststandards werden missachtet, vor allem für Asylsuchende und Flüchtlinge gibt es oft keine Rechte und Regelungen.

Die EU muss ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und darf ihre Asylverantwortung nicht an Unrechtsregime oder schwache Staaten abgeben. Schutzsuchende dürfen weder vor den Grenzen abgefangen („pull-back“) noch an den Grenzen zurück in Gefahr gezwungen werden („push-back“). Das Verbot solcher Operationen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention wird nicht nur vor der türkischen Küste regelmäßig ignoriert. In

Ägypten und Tunesien werden Flüchtlinge nach Zurückweisungen inhaftiert oder abgeschoben.

Der ausgelagerte Grenzschutz wird besonders zynisch, wenn die Abhängigkeit der Drittstaaten von Entwicklungszusammenarbeit als Druckmittel missbraucht wird, Interessen der Migrationsabwehr durchzusetzen.

Massengrab Mittelmeer

Ohne legale Einwanderungswege nach Europa werden sich Menschen weiterhin kriminellen Schleppern anvertrauen und ihr Leben bei der Überfahrt nach Europa riskieren. Die Bilder und Berichte über das Massengrab Mittelmeer werden nicht enden und die Zahl der Toten wird weiter steigen. Neben Maßnahmen wie der Vergabe humanitärer Visa und Migrationsprogrammen braucht es dringend eine funktionierende zivile Seenotrettung. Militärische Missionen gegen Schlepperbanden auf See oder an Land gefährden Flüchtlinge hingegen nur zusätzlich, bringen sie jedoch nicht in Sicherheit.

Hotspots sind keine Lösung

Hotspots an den EU-Außengrenzen gibt es seit Ende 2015 in Italien und auf den griechischen

Inseln. Die Hotspots sollen dazu dienen, ankommende Schutzsuchende zu registrieren, zu identifizieren, Fingerabdrücke zu nehmen und zu befragen. Diejenigen, die Asyl beantragen, sollen direkt in ein Asylverfahren weitergeleitet werden; für die anderen wird die Rückführung koordiniert. Die Probleme sind jedoch offensichtlich. Vor allem die Hotspots in Griechenland sind überfüllt, die Aufnahmebedingungen sind menschenunwürdig, es gab vereinzelt Tote. Die Asylverfahren sind durch die Hotspots bisher nicht beschleunigt worden. Vielmehr warten viele Schutzsuchende in den abgeschlossenen Einrichtungen monatelang.

Die Einrichtung von Hotspots ohne eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik hat die derzeitigen Probleme nur in großem Maßstab institutionalisiert. Denn Flüchtlinge haben oft nicht das Wissen um ihre Rechte und noch viel weniger die Möglichkeit, auf ihrer Flucht in Registrierungsstellen oder in Notunterkünften Zugang zu diesen Rechten zu erhalten. Gegen Misshandlungen oder unrechtmäßiges Verhalten von Polizei- und Sicherheitskräften können sie sich kaum wehren. Allein die Strapazen der Flucht sind bereits lebensgefährlich, insbesondere für Frauen und Mädchen, Schwangere, Menschen mit Behinderungen, unbegleitete Minderjährige, sowie alte, kranke und traumatisierte Flüchtlinge.

Die Realität in den bestehenden Hotspots in Italien und Griechenland belegt bereits, dass die Umsetzung solcherart Konzepte die Rechtlosigkeit und Unsicherheit von Schutzsuchenden massiv verstärken. Auch deswegen müssen vergleichbare Pläne der EU, ähnliche Lager in nord- und westafrikanischen Ländern zu schaffen, strikt abgelehnt werden. Vor allem die griechischen Hotspots sind de facto Haftlager, in denen Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen auf unbestimmte Zeit ausharren müssen. Sie sind stark überfüllt, unsicher und unterlaufen klar humanitäre Standards. Die Umsetzung jedweder Lager weit jenseits der EU lässt weit schlimmere Zustände befürchten.

Auch viele rechtliche und praktische Fragen bleiben unbeantwortet, wenn Europa Lager in Drittstaaten errichtet und dort darüber entscheidet, wer einen Schutzanspruch geltend machen kann und wer nicht - ganz zu schweigen davon, dass die übrigen Mitgliedstaaten wenig bereit sind, Menschen in Not aufzunehmen, wie die Hotspots in Griechenland und Italien zeigen. Es darf weder hinter noch vor der europäischen Außengrenze Lager geben, in denen Schutzsuchende isoliert und de facto inhaftiert sind. Auch kann nicht in Schnellverfahren über ihre Schutzbedürftigkeit und Asyl entschieden werden. Bereits in den derzeitigen, viel kleineren Aufnahmestellen fehlt es seit Jahren an Transparenz und Rechtssicherheit.

Diakonie unterstützt Rechtsinformation für Flüchtlinge auf Chios

Mit dem EU-Türkei-Abkommen und der Grenzschließung auf der Balkanroute sitzen tausende Menschen in Griechenland und besonders auf den ägäischen Inseln oft ohne Information über ihre Rechte und die nächsten Verfahrensschritte fest. Viele der als Transitcamps geplanten Lager werden dauerhaft genutzt, obwohl sie dafür nicht ausgestattet sind - schlechte hygienische Bedingungen, große Enge und Perspektivlosigkeit sind die Folgen.

Die Diakonie Deutschland ist Kooperationspartner für ein Projekt der refugee law clinics abroad e.V. (rlc abroad) auf Chios. Ehrenamtliche



Freiwillige der rlc abroad aus Deutschland beraten auf Chios die 20 jährige Ghinwa, die aus Syrien fliehen musste.

Jurastudierende und Juristen beraten unter juristischer Supervision Geflüchtete, um sie über das Asylverfahren zu informieren und Anträge und Verfahren bei der innereuropäischen Familienzusammenführung zu begleiten. Das Team der refugee law clinics abroad arbeitet eng mit Anwälten und Organisationen in Griechenland und Deutschland zusammen, auch um strukturelle Probleme vor Gericht zu bringen.

Perspektiven für Gestrandete in Marokko

Schätzungen zufolge leben bis zu 40.000 Flüchtlinge und Migranten in dem Maghreb-Staat, gestrandet auf dem Weg nach Europa, gescheitert am europäischen Grenzzaun. Auch aufgrund ihrer Hautfarbe werden viele Migrantinnen und Flüchtlinge, ob sie sich legal im Land aufhalten oder nicht, von der lokalen Bevölkerung angefeindet und von der Polizei schikaniert. Für die Menschen auf der Flucht heißt das jahrelanges Warten unter prekären Bedingungen ohne Perspektive auf Verbesserung. Marokko ist vom Transitland zur Endstation der Migration und Flucht geworden. Brot für die Welt unterstützt ein Partnerschaftsprojekt der evangelischen Kirche in Marokko und dem Kirchenkreis Jülich, durch das Flüchtlingen - mehrheitlich Frauen - mit Mikrokrediten und Ausbildungskursen beim Aufbau einer eigenen Existenz geholfen wird.

Mit ihrer Arbeit verdienen sie genug Geld zum Überleben, sodass sie nicht auf Betteln, Diebstahl oder Prostitution angewiesen sind.

Außerdem betreibt das Projekt politische Advocacy-Arbeit, um die Rechte der Migrantinnen und Migranten in Marokko zu stärken und durchzusetzen. Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass Abkommen und sogenannte Mobilitätspartnerschaften der EU mit Drittstaaten nicht allein der Migrationskontrolle dienen, sondern Menschenrechtsschutz und die Interessen der Migranten im Blick haben. Denn bislang ist das Gegenteil der Fall. Für erhöhten Grenzschutz und die Flüchtlingsabwehr erhielten die Partnerstaaten bislang weder die in Aussicht gestellten Einwanderungserleichterungen ihrer Bürger in die EU noch wurden Projekte in nennenswertem Umfang realisiert, die Entwicklungspotentiale durch Migration stärken. Nur Saisonarbeiter und wenige Hochqualifizierte, deren Abwanderung zusätzliche Probleme schaffen kann („brain-drain“), profitieren von vereinzelt Einwanderungsprogrammen. Das Mobilitätsversprechen der EU bleibt damit uneingelöst, stattdessen wird mit den Mobilitätspartnerschaften zusätzliche Flüchtlings- und Migrationsabwehr über die europäischen Außengrenzen hinaus erkaufte.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Clara Bünger (S. 3), Hermann Bredehorst (S. 2), Thomas Lohnes (S. 1) **Autoren** Ansgar Gilster, Sophia Wirsching, Katharina Stamm **Redaktion** Maike Lukow, Eva Wagner **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, September 2017

Geschlechtsspezifische Verfolgung

Als geschlechtsspezifische Verfolgung gelten nach der Definition des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sexuelle Gewalt, Bildungsverbot, Ehrenmord, Zwangsabtreibung, Zwangsheirat, Zwangssterilisierung und Zwangsverstümmelungen wie die weibliche Genitalverstümmelung sowie Diskriminierung auf Basis des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Häufig findet die geschlechtsspezifische Verfolgung im Privaten statt, Staaten können oder wollen die Betroffenen nicht davor schützen.



Mehr als eine Millionen Menschen sind laut UNHCR innerhalb Pakistans Binnenvertriebene.

Nahezu die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit sind laut UNHCR Frauen. Sie sind besonders betroffen von geschlechtsspezifischer Verfolgung in ihren Heimatländern. Zwangsheirat, Frauenhandel, Genitalverstümmelung, Vergewaltigungen oder häusliche Gewalt sind nur einige Verfolgungsarten, unter denen Frauen und Mädchen leiden. Kennzeichnend für diese spezifische Gewalt ist, dass das Geschlecht entweder den Grund für die Verfolgung darstellt oder aber die Art der Verfolgung bestimmt. Geschlechtsspezifische Verfolgung wird nach

der Genfer Flüchtlingskonvention unter dem Fluchtgrund Verfolgung aufgrund der „Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ anerkannt und auch das deutsche Asylrecht berücksichtigt seit 2005 frauenspezifische Fluchtursachen. Weil aber geschlechtsspezifische Verfolgung oft im familiären Bereich stattfindet, ist sie schwieriger nachzuweisen.

Es handelt sich hier um eine sogenannte nicht staatliche Verfolgung, bei der ein Fluchtgrund erst dann vorliegt, wenn der Staat unfähig oder



Die Hälfte aller fliehenden Menschen weltweit sind Frauen. Sie sind auf ihrer Suche nach Schutz besonders gefährdet.

unwillig ist, landesweiten Schutz vor der Verfolgung zu bieten und auch keine inländische Fluchtalternative existiert. Trotz der rechtlichen Anerkennung in der Theorie fehlt es jedoch oft an Sensibilität und Verständnis in der bürokratischen Praxis von Asylverfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) setzt mittlerweile Sonderbeauftragte ein, wenn sich im Asylverfahren, zum Beispiel bei der Anhörung, Anhaltspunkte für geschlechtsspezifische Verfolgung erkennen lassen.

Beispiel Pakistan

Die Islamische Republik Pakistan zählt zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland. Die Bevölkerungszahl wird auf etwa 200 Millionen Menschen geschätzt. Das Land grenzt im Südwesten an den Iran, im Westen an Afghanistan, im Norden an China sowie im Osten an Indien.

Seit der Islamisierungspolitik der 1980er Jahre erlebt Pakistan einen rasanten Zuwachs an religiösem Extremismus im Land und an Koranschulen (sogenannte Madrassa), die zu

einer Radikalisierung des Landes beigetragen haben. Es gibt Gesetze gegen Gotteslästerung. Religionswechsel ist für Muslime verboten. In jüngster Zeit haben Anklagen wegen angeblicher Gotteslästerung, Diffamierung des Islams und Religionswechsel auch durch staatliche Behörden stark zugenommen. Betroffen davon sind nicht nur religiöse Minderheiten wie Christen und die Ahmadiyya-Muslimgemeinde, sondern tendenziell jeder und jede. Der Vorwurf der Blasphemie wird häufig als Instrument der Austragung von politischen und wirtschaftlichen Konflikten genutzt.

Sowohl die pakistanische Verfassung als auch die Gesetzgebung und die Religionspolitik im Land verletzen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit. In Pakistan leben laut den Vereinten Nationen 17 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag. In der Hoffnung, ein besseres Einkommen zu verdienen, ziehen immer mehr Menschen vom Land in die Armutsquartiere der Städte. Kinderarbeit ist an der Tagesordnung.

Frauen und Mädchen werden diskriminiert

Noch immer gravierend ist die Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Sie sind vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und werden auch innerhalb der Familien von patriarchalen Strukturen unterdrückt. Folglich sind mehr Mädchen als Jungen von Unterernährung, hohen Sterblichkeitsraten und Analphabetismus betroffen. Arrangierte Ehen bis hin zu Zwangsehen sind in Pakistan übliche Praxis. Häufig führen schon reine Verdächtigungen der Untreue zu Gewalttaten gegen Frauen, gelegentlich kommen auch Ehrenmorde vor.

Obwohl inzwischen zum zweiten Mal in Folge eine demokratisch gewählte Regierung die Politik bestimmt, ist die Situation in den Kleinstädten und Dörfern immer noch von alltäglicher Gewalt gegen Frauen geprägt. Nach einer Studie einer pakistanischen Nichtregierungsorganisation wurden 2014 in der pakistanischen Provinz Punjab 7.010 Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen registriert, sowie 1.700 Fälle von Kidnapping und 1.400 Vergewaltigungen. 82 minderjährige Mädchen fielen Ehren-

morden zum Opfer. Aus der Tradition begründete Praktiken, wie beispielsweise die Übergabe einer Frau oder eines Mädchens als Entschädigung für eine Mordtat an die Familie des Opfers, sind immer noch legal. Die Dunkelziffer dazu liegt sehr hoch, bisher gibt es kaum systematisch gesammelte Daten.

Dass die Rechte von Mädchen insbesondere bei der Bildung benachteiligt werden, hat die pakistanische Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai, die sich für das Recht auf Bildung von Mädchen und Frauen einsetzt, einer Weltöffentlichkeit deutlich vor Augen geführt. Am 9. Oktober 2012 wurde sie Opfer eines Attentats der Taliban, die sie aus nächster Nähe durch Schüsse in den Kopf und am Hals lebensgefährlich verletzten. Heute lebt sie mit ihrer Familie in London und setzt sich weiterhin für das Recht auf Bildung für Mädchen ein.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt unterstützt verschiedene Organisationen in Pakistan, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und die sozioökonomische Verbesserung der Situation von Frauen in ländlichen



Trotz der erfolgreichen Bekämpfung von Kinderarbeit und insbesondere der Ausbeutung von Mädchen in der Teppichknüpfindustrie müssen immer noch hunderttausende Kinder in Pakistan und Indien arbeiten, statt ihr Recht auf Bildung wahrnehmen zu können.

Gebieten einsetzen. Die Projekte wollen nicht nur einzelnen Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt in akuten Notsituationen helfen, sondern durch lokal angepasste und sensible Bildungsarbeit, Lobbyarbeit und Vernetzung das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung stärken und die rechtsstaatliche Praxis verbessern. Frauen werden darin unterstützt, sich zu organisieren und sich durch Schaffung von Einkommen für ihre Rechte einzusetzen und wirtschaftliche Abhängigkeit und Armut zu reduzieren.

Was fordert Brot für die Welt?

Die Zahl der Antragstellerinnen auf Asyl in Deutschland wuchs in den letzten Jahren stetig. Viele von ihnen flohen vor Krieg, Terror und Gewalt. Doch es gibt auch spezifische Fluchtgründe, wie sexuelle Gewalt, Angst vor Ehrenmord oder Zwangsverheiratung. Die Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Menschenrechte.

Fluchtursachen bekämpfen

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Jörg Böthling (S. 3), Thomas Lohnes (S. 1), Philanthropy (S. 2) **Autorin** Sieglinde Weinbrenner **Redaktion** Ansgar Gilster, Maike Lukow, Gerlind Schneider, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Juli 2017

Globaler Alltag Migration

Über 244 Millionen Menschen leben weltweit als Migrantinnen und Migranten außerhalb ihrer Heimatländer. Dies entspricht etwa 3,3 Prozent der Weltbevölkerung - ein seit Jahrzehnten nahezu unveränderter Wert, auch wenn die absoluten Zahlen steigen. Migration ist globaler (Arbeits-) Alltag - für Saisonarbeiter, Fachkräfte oder Menschen, die aus familiären Gründen umziehen, sowie für Studierende, die ins Ausland gehen. 90 Prozent der Migrantinnen und Migranten sind nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erwerbstätig beziehungsweise haben ein arbeitendes Familienmitglied, das sie mitversorgt.



Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten weltweit zieht nicht nach Europa, sondern bleibt im globalen Süden.

Wer beschließt, aus beruflichen Gründen, für das Studium oder der Liebe wegen in ein anderes Land zu ziehen, hat die Freiheit und die Möglichkeit, über sein Leben selbst zu entscheiden. Nicht jeder plant, gleich mehrere Jahre oder gar sein ganzes Leben am neuen Ort zu bleiben. Wo es möglich ist, pendeln viele zwischen verschiedenen Ländern. Wenn Migration selbstbestimmt ist, kann sie entwicklungsfördernd sein: Sie trägt durch Austausch von

Kultur und Wissen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowohl in den Heimat- wie auch den Zielländern bei. Doch Migration hat Schattenseiten: Auch wer sich frei entscheidet, seine Heimat zu verlassen, kennt das Gefühl von Verlust und Entbehrung. Oft profitieren von den Vorteilen des Lebens und Arbeitens in einem neuem Land nicht die Migranten selbst, sondern erst ihre Kinder.

Diese vielfältige Realität von Migration gerät angesichts aktueller Schlagzeilen über Menschen, die auf der Flucht nach Europa sind, leicht aus dem Blick. Die allermeisten Migranten sind keine Flüchtlinge. Auch haben die meisten Migrantinnen und Migranten andere Länder als Deutschland zum Ziel. Selbst ein genereller Trend Richtung Europa ist nicht erkennbar. Süd-Süd-Migration übersteigt die Migration aus dem Globalen Süden Richtung Norden deutlich. Zum Beispiel von Indonesien nach Saudi-Arabien oder von Nicaragua nach Costa Rica. Erst an zweiter Stelle kommt die Gruppe derjenigen, die ihren Lebensmittelpunkt von Süden nach Norden verlegen, etwa von Marokko nach Spanien oder von den Philippinen nach Südkorea.

Die Beweggründe für Migration sind vielfältig, die Kosten und Risiken erheblich. Nicht selten

zwingt auch die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Zum Beispiel, weil ökologische Probleme und die Folgen des Klimawandels die wirtschaftliche Lebensgrundlage zunichte machen und Geld, Technologie oder Wissen für die Anpassung an die veränderten Wetterbedingungen und Naturkatastrophen vor Ort fehlen. 22,5 Millionen Menschen sind derzeit Flüchtlinge, weil sie aufgrund von Krieg, Gewalt und Verfolgung ihr Land verlassen mussten. Die allermeisten von ihnen suchen Schutz in den unmittelbaren Nachbarstaaten: Acht von zehn Flüchtlingen weltweit leben in Entwicklungsländern.

Die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration ist oft nicht eindeutig zu treffen. Denn die Realität ist komplizierter als die Kategorien. Flüchtlinge können zu erfolgreichen Arbeitsmigranten werden, Migranten werden - zum Beispiel durch einen ausbrechenden Bürgerkrieg - zu Flüchtlingen. Staatliche Regelungen werden oft der Lebenswirklichkeit von Migrantinnen und Migranten nicht gerecht, sind hochproblematisch oder missachten gar die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die für alle Menschen gleichermaßen gilt.

Kaum Schutz vor Ausbeutung und prekären Arbeitsbedingungen

Für viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten endet der Aufbruch in ein anderes Land in prekären Arbeitsbedingungen, in Ausbeutung und Abhängigkeit bis hin zur Sklaverei. Solche Missstände finden sich in nahezu allen Branchen. Viele Millionen Bauarbeiter, Haushaltskräfte, Erntehelfer und Näherinnen arbeiten unter unmenschlichen Bedingungen, sind Gewalt ausgesetzt und erhalten nur einen geringen oder unregelmäßigen Lohn. Heruntergekommene Massenquartiere und exzessive Arbeitszeiten sind vielerorts die Regel. Darüber hinaus werden viele Frauen zu Opfern sexueller Ausbeutung. Nicht selten werden Migranten auch von Schleppern oder Arbeitgebern Pässe und Ausweispapiere abgenommen, so dass sie nicht entkommen oder in ihre Heimat zurückkehren können. Beispielhaft für solche kriminellen Bedingungen sind die Baustellen für die Fußballweltmeister-

schaft 2022 in Katar. Hunderttausende Wanderarbeiter und -arbeiterinnen sind seit Jahren mit dem Bau der Stadien beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze sind kaum gesichert und die Löhne schlecht. Bis zu ihrer Fertigstellung, so befürchtet der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), werden auf den WM-Großbaustellen mindestens 4.000 Arbeiter wegen verheerender Arbeitsbedingungen umgekommen sein.

Dabei gibt es völkerrechtliche Instrumente wie die Wanderarbeitnehmerkonvention der Vereinten Nationen sowie Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Staaten dazu verpflichten, faire und menschenwürdige Arbeitsmigration zu garantieren. Doch praktisch bleiben diese Vereinbarungen oft folgenlos: Die große Mehrzahl der Staaten hat es bislang abgelehnt, die Wanderarbeitnehmerkonvention zu ratifizieren. Obwohl die Konvention keine zusätzlichen Rechte definiert, sondern lediglich die Allgemeinen Menschenrechte für Arbeiterinnen und Arbeiter, die grenzüberschreitend beschäftigt sind, konkretisiert. Die Konvention betont besonders die Notwendigkeit, den Arbeitern Informationen zugänglich zu machen. Denn zur Verbesserung der Situation von Migranten und Migrantinnen ist es wichtig, dass diese über ihre Rechte Bescheid wissen. Schon bevor Migrantinnen und Migranten ihr Heimatland verlassen, sollten sie Kenntnis über ihre Aufenthalts- und Arbeitsrechte im Zielland haben und wissen, wie sie sich gegen Ausbeutung und Missbrauch schützen können. In diese Richtung weisen auch die Sustainable Development Goals (SDG's), die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die die internationale Staatengemeinschaft bis zum Jahr 2030 umsetzen will. Zwar sind solche Absichtserklärungen keine Garantie für mehr Gerechtigkeit für alle. Doch sie bringen Dynamik in die Debatte über faire Arbeitsbedingungen, bieten konkrete Indikatoren, an denen sich staatliche Regelungen messen lassen, und schaffen so öffentlichen Druck.

Migration, die vermeintliche Bedrohung

Obwohl in der Politik Entwicklung generell als ein legitimes Ziel gilt, werden Menschen, die ihr Leben durch Migration verbessern wollen, oft

diskreditiert, als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamiert oder, wenn ihre Papiere nicht stimmen, als „illegale Einwanderer“ kriminalisiert. Der polemische Ton vieler Debatten zeigt, dass es oft nicht um sachliche Gründe geht, sondern vielmehr um Furcht oder Feindlichkeit gegenüber Menschen, die als fremd erscheinen.

Die Arbeitsmigration von Entwicklungsländern in Industrieländer steht besonders häufig im Fokus der Kritik. Dabei wird auf zwei Hauptargumente zurückgegriffen. Erstens sei die ungesteuerte Migration von gering qualifizierten Menschen eine Gefahr für die Arbeitsmärkte in den reicheren Zielländern. Zweitens führe die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften zu einem unverantwortlichen Braindrain, also einem Mangel an Fachpersonal in den ärmeren Heimatländern. Solche Einwände sind jedoch viel zu pauschal. Denn durch kluge Migrationspolitik können sowohl das Zielland, das Herkunftsland als auch die Migrantinnen und Migranten profitieren. Wirtschaftsfachleute verweisen immer wieder darauf, dass angesichts des demografischen Wandels viele Zielländer dringend auf Migration angewiesen sind, wenn sie ihr Wohlstandsniveau wahren wollen. Und nicht nur Wirtschaftswachstum und Arbeitskräfte spielen eine Rolle. Auch dürfen die gesellschaftlichen und kulturellen Zugewinne und Lerneffekte durch Migration nicht übersehen werden.

Migration als Chance

Viele Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten wiederum profitieren immens von den Geldüberweisungen („Remittances“) der Verwandten, die in der Diaspora arbeiten. Gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts sind Haiti (28 Prozent) Kirgistan (34,5 Prozent) und Nepal (30 Prozent) die drei größten Empfängerländer. Derzeit übertreffen diese Rücküberweisungen alle globalen staatlichen Entwicklungsgelder um das Dreifache. Im günstigsten Fall befähigen sie Familien und Gemeinden dazu, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, indem sie ein Stück Land pachten oder ein Geschäft eröffnen können und dadurch von den Überweisungen und Migration unabhängiger werden. Darüber hinaus übermitteln Migrantin-

nen und Migranten auch Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte in ihre Herkunftsregionen. Manche kehren außerdem nach einer Weile in ihr Herkunftsland zurück, weil sich dort die Ausgangssituation verändert hat oder es sich aus ihrer Lebensplanung ergibt.

Leitlinien für eine entwicklungs-fördernde und menschliche Migrationspolitik

Statt Migrantinnen und Migranten darin zu unterstützen, ihre eigenen Lebenspläne, Hoffnungen und Ziele zu verfolgen, werden durch bestehende nationale wie internationale Gesetzgebung vielerorts Freizügigkeit und Menschenrechte eingeschränkt. Auch die aktuelle EU-Migrationspolitik der Abschottung trägt dazu bei. Aufgrund dieser reisen nur relativ wenige Hochqualifizierte und Fachkräfte mit entsprechenden Aufenthaltstiteln in die EU-Staaten ein, dabei braucht die Wirtschaft – in Europa wie weltweit – nicht nur gut Ausgebildete. Ganze Branchen sind von weniger qualifizierten Arbeitskräften, Saisonarbeitern und Erntehelferinnen abhängig. Auch für sie bedarf es legaler Migrationsmöglichkeiten, um Schwarzarbeit und ausbeuterische oder ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Es ist deshalb nötig, Leitlinien kluger Migrationspolitik zu formulieren. Eine solche Migrationspolitik muss

- Arbeitsmärkte für Migrantinnen und Migranten flexibel zugänglich machen, nicht nur für Hochqualifizierte und Fachkräfte, sowie für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und für eine Willkommenskultur sorgen;
- für einen Arbeitnehmerschutz sorgen, der internationalen Standards entspricht und vor Ausbeutung und Missbrauch genau wie vor Gefahren am Arbeitsplatz schützt;
- eine unabhängige internationale Migrationsberatung anbieten, um Migrationswilligen realistische Abwägungen und Entscheidungen zu ermöglichen;
- fair gestaltete Anwerbestrategien einfordern, um den Braindrain für die Herkunftsländer und Ausbeutung der Migrantinnen und Migranten zu vermeiden;

- sowie flexiblere Möglichkeiten zur sogenannten zirkulären Migration bieten, sodass Migrantinnen und Migranten auch für längere Zeit in ihre Heimat zurückkehren können, ohne die Möglichkeit zu verlieren, zum Leben und Arbeiten erneut in das Zielland zu gehen oder sich in anderen Staaten aufzuhalten. So kann Migration Wissens- und Erfahrungstransfer befördern (Braingain).

Brot für die Welt fördert für die Umsetzung einer solchen Politik einerseits lokale Partnerorganisationen, die Migrantinnen und Migranten unmittelbar unterstützen, und stärkt andererseits auch migrationspolitische Netzwerke, die sich für die Menschenrechte von Migrantinnen und Migrantinnen auf der ganzen Welt einsetzen. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in Südostasien, wo unter anderem hunderttausende Migrantinnen als Hausangestellte, Putzkräfte und Kindermädchen arbeiten. Ihr Lohn und ihre Arbeitsbedingungen sind meist höchst prekär, nicht selten werden sie Opfer von Ausbeutung und Missbrauch. Die von Brot für die Welt unterstützte Asia Pacific Mission for Migrants (APMM) beispielsweise klärt deswegen Migrantinnen in Workshops über ihre Rechte auf, erstellt Informations- und Bildungsmaterial, vermittelt finanzielle und medizinische Hilfe in Notsituationen, übt politischen Druck aus und vernetzt Migrations-Initiativen aus dem gesamten südostasiatischen und pazifischen Raum.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt (2017): Grenzenlose Verantwortung: Flucht und Migration als Thema der internationalen Politik. Das Global Forum on Migration and Development 2017 im Kontext des Global Compact on Migration. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell59_Grenzenlose_Verantwortung.pdf

Diakonie Deutschland (2015): Von Arbeitsausbeutung bis Menschenhandel. Grundlagen und Praxistipps für die Beratung. Veröffentlicht unter: www.diakonie.de/diakonie-broschuere-von-arbeitsausbeutung-bis-menschenhandel-16456.html

Diakonie Deutschland (2012): Leitlinien Arbeitsmigration und Entwicklung, Positionspapier. Veröffentlicht unter: www.diakonie.de/media/Text-03_2012-LeitlinienArbeitsmigration.pdf

Brot für die Welt (2017): Aktuell 58 Entwicklung fördern statt Menschen ausgrenzen Zum Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von Flucht und Migration. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell_58_EZ_und_Migration.pdf

Brot für Welt-Blog zu Migration und Entwicklung: <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/sophia-wirsching>

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Peter Bialobrzewski/laif **Autoren** Ansgar Gilster, Sophia Wirsching **Redaktion** Johannes Brandstätter, Maïke Lukow **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller

Berlin, September 2017

Vor dem Klima auf der Flucht

Der Klimawandel verändert die Welt. Schon lange richtet das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt sein Augenmerk auf diejenigen, die von den Veränderungen am stärksten betroffen sind. Das sind zumeist Menschen, die in den Ländern des Südens ohnehin unter Armut und Not leiden.



Die Veränderungen der klimatischen Verhältnisse zwingen immer mehr Menschen zur Flucht.

Immer mehr Menschen weltweit sind von der zunehmenden Wüstenbildung, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überschwemmungen oder Dürre betroffen. Auch die Zahl extremer Wetterereignisse nimmt zu. Insbesondere in den Ländern des südlichen Afrikas, in Asien oder Mittel- und Südamerika ereignen sich Katastrophen häufiger und mit zunehmender Heftigkeit. Überschwemmungen, Sturmfluten oder anhaltende Dürren treffen hier oft auf besonders arme und verwundbare Regionen und Menschen, denen es an Möglichkeiten und Mitteln fehlt, sich vor den Gefahren angemessen zu schützen oder sich an sie anzupassen.

Nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrats und dem International Displacement Monitoring Center haben die Folgen extremer Wetterereignisse im Jahr 2016 mehr als 24,2 Millionen Menschen weltweit aus ihrem Zuhause vertrieben. Seit 2008 wurden durchschnittlich 25,3 Millionen Menschen jährlich aufgrund extremen Klimas gezwungen andernorts Schutz und Perspektiven zu suchen, besonders innerhalb von Entwicklungsländern.

Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen Betroffene gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch Katas-



Dürre macht den Menschen in der Sahelzone immer mehr zu schaffen und zwingt sie dazu, ihre Dörfer zu verlassen.

trophenvorsorge und Anpassungsmaßnahmen. Denn extreme und unvorhersehbare klimatische Bedingungen zerstören nicht allein das Dach über dem Kopf oder die lokale Infrastruktur, sie wirken sich auch stark auf Fischerei und Landwirtschaft aus, die die Existenzgrundlage vieler besonders verletzlicher Menschen bilden. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt auch auf nationaler und internationaler Ebene mit Lobby- und Advocacyarbeit für die Rechte der Menschen ein, die von Umweltveränderungen und Katastrophen besonders betroffen sind. Brot für die Welt tritt dafür ein, dass Umwelt- und Klimaveränderungen durch die globale Erderwärmung international als Fluchtursachen anerkannt werden. Es braucht effektive, rechtlich verbindliche Schutzmechanismen auf nationaler Ebene und über internationale Grenzen hinweg.

Wer ist besonders gefährdet?

Klimawandel und Wetterextreme sind wichtige Triebkräfte für Migration und Flucht. Wenn Hitzewellen ganze Regionen austrocknen und der Regen ausbleibt oder zu heftig auftritt, ist das Überleben vieler Menschen gefährdet. Ernten werden vernichtet und Wasser wird vielerorts zum knappen Gut. Ganze Inselstaaten sind

durch den steigenden Meeresspiegel vom Verschwinden bedroht, Küstenregionen leiden unter häufigeren und heftigeren Überschwemmungen. Besonders Leidtragende sind oft die ohnehin Armen und Marginalisierten in Entwicklungsländern, deren Widerstands- und Anpassungsfähigkeiten begrenzt sind.

Eine verlässliche Aussage darüber, wie viele Menschen in Zukunft aufgrund der Klimawandelfolgen in die Flucht gezwungen werden, ist schwer möglich. Denn Klima- und Umweltveränderungen sind selten der einzige Grund, das Lebensumfeld zu verlassen. Ursachen dafür können zum Beispiel auch der fehlende Zugang zu Land und zu Bildungs- oder Gesundheitsdienstleistungen oder mangelnde Einkommensmöglichkeiten sein. Der Klimawandel verstärkt all diese Gründe.

Rechtliche Anerkennung fehlt

Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen gezwungen sind, wegzuziehen, werden in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht berücksichtigt. Sie haben keinen internationalen Anspruch auf Flüchtlingsschutz oder Unterstützung.

Doch Schutzrechte für die Betroffenen von klima- und umweltbedingter Flucht sind dringend notwendig – für Verbesserungen der Rechtsituation und Lebensbedingungen der Geflüchteten. Diskussionen über eine mögliche Erweiterung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) oder eine neue Konvention für Klimaflüchtlinge versprechen momentan jedoch nur wenig Ergebnisse; nicht zuletzt, weil es an politischem Willen der Staaten mangelt.

Dieser Erkenntnis trug die Nansen Initiative Rechnung, die 2012 in der Schweiz gegründet wurde und 2015 eine Agenda mit zahlreichen Empfehlungen erarbeitete. Sie bietet praktische Handlungsempfehlungen für den konkreten Umgang mit Entwurzelten und verknüpft humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Flüchtlingsschutz, Migration und Anpassung, Risikominderung und Entwicklung. Vor diesem Hintergrund entstand im Mai 2016 die „Platform on

Disaster Displacement“, deren Vorsitz bis Ende 2017 Deutschland innehat. Ziel dieser Plattform ist es, die Empfehlungen der Nansen Initiative in die Tat umzusetzen. Es ist eine wichtige Aufgabe dabei, unterschiedliche Forschungsfelder zusammenzuführen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern. Die Plattform bringt Regierungen, internationale Organisationen wie das UN-Flüchtlingswerk UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM), Forschende und NGOs zusammen. Die Koordination all dieser Akteure übernimmt die sogenannte „Coordination Unit“, die von Deutschland finanziert wird.

Eine weitere Initiative ist die MICIC (migrants in countries of crisis initiative), die darauf abzielt, dass Migrantinnen und Migranten im Fall einer plötzlichen Krise nicht vergessen werden.

Eine Chance, den Schutz für vom Klimawandel vertriebene Menschen zu verbessern, ist auch der Global Compact Migration (GCM), mit dem die internationale Staatengemeinschaft den staatlichen Umgang mit Migration in ihrer Vielfalt verbessern will. Der GCM wird Ende 2018 verabschiedet – noch ist offen, ob und inwiefern es gelingen wird, Klimawandel und seine Folgen als Ursachen von Migration dabei zu verankern.

Vorsorge und Entwicklung

Nicht alle, die unter den veränderten Wetterbedingungen leiden, können es sich leisten, sich selbst und ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Um größere Distanzen zurücklegen zu können, braucht es vor allem Ressourcen, über die viele der Betroffenen aufgrund von Armut und Ausgrenzung gar nicht verfügen. Kinder, Frauen, alte und kranke Menschen sind besonders häufig gezwungen zu bleiben. Außerdem ist Migration vielerorts streng reguliert oder sogar verboten.

Um die vom Klimawandel und Katastrophen Betroffenen zu unterstützen, müssen deswegen zunächst Risikogebiete und besonders gefährdete Haushalte identifiziert werden. Sie müssen in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die Klimawandelfolgen gestärkt werden, indem die Risiken erkannt und Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden – zum Beispiel, indem dürreresistentes Saatgut in der Landwirtschaft verwendet wird oder nachhaltige Deichsysteme zum Umgang mit großen Wassermassen errichtet werden.

Schon heute ist es vielerorts jedoch nicht mehr möglich, Schäden und Verluste infolge des Klimawandels durch Schutz- und Anpassungsvorkehrungen vorzubeugen. Hier brauchen die beson-



Auf der Insel Viketawa im Südpazifik standen einst Palmen und Fischerhütten, doch weil der Meeresspiegel steigt, leben hier heute nur noch Möwen und Krebse.

ders Verwundbaren Unterstützung zum Beispiel bei notwendigen Umsiedlungen. Wichtig ist bei all diesen Maßnahmen, dass die Betroffenen nicht nur informiert, sondern einbezogen und beteiligt werden. Ihre Rechte und Bedürfnisse müssen an erster Stelle stehen. Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen beispielsweise im Rahmen von sogenannten Leuchtturmprojekten innovative Maßnahmen zur Klimaanpassung für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen, durch die für Kleinbauernfamilien neue Möglichkeiten der Trinkwassererschließung oder zusätzliche Einkommen entwickelt werden.

Was fordert Brot für die Welt?

Um die negativen Folgen des Klimawandels zu bremsen, muss an erster Stelle die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius begrenzt werden. Dazu ist die drastische Minderung der Treibhausgasemissionen unverzichtbar.

Humanitäre Hilfe muss als kurz- und mittelfristiges Instrument zum Überleben akuter Krisen- und Notlagen gestärkt sowie ein Übergang zu struktureller Entwicklung und Anpassung ermöglicht werden. Für Anpassungsstrategien in besonders betroffenen Ländern oder Regionen ist neben finanzieller auch technische und technologische Unterstützung nötig. Wichtig sind Entwicklungsprogramme, die die allgemeine Widerstandsfähigkeit der Betroffenen stärken. Auch Migration muss als legitime und in vielen Fällen existentielle Anpassungsstrategie akzeptiert werden.

Dort wo es notwendig ist, sollten Umsiedlungsprogramme frühzeitig mit Betroffenen geplant und unter Wahrung der Menschenrechte umgesetzt werden.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt u.a. (2013): Auf der Flucht vor dem Klima. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Auf_der_Flucht_vor_dem_Klima.pdf

Brot für die Welt/Germanwatch/ACT Alliance (2015): Klimabedingte Schäden und Verluste. Profil 19. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fachpublikationen

Brot für die Welt (2015): Weichen stellen für eine klimagerechte Zukunft. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell50_Weichen_stellen.pdf

VENRO/Klima-Allianz Deutschland (2017): Migration, Vertreibung & Flucht infolge des Klimawandels. Herausforderungen für die Bundesregierung. Veröffentlicht unter: www.venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Positionspapier2017_MuF_Final.pdf

Nansen-Initiative: www.nanseninitiative.org

Platform on Disaster Displacement: www.disasterdisplacement.org

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Christoph Püschner (S. 1), Carsten Stormer (S. 3), Probal Rashid (S. 2) **Autorin** Sophia Wirsching

Redaktion Maike Lukow **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, September 2017

Humanitäre Hilfe in Krisen- und Konfliktregionen

Die Diakonie Katastrophenhilfe ist das humanitäre Hilfswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland. Sie arbeitet in rund 40 Ländern weltweit. Mehr als die Hälfte der humanitären Hilfe erreicht derzeit Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Krisen- und Konfliktgebieten. Der größte humanitäre Einsatz findet aktuell in Syrien und seinen Nachbarländern Jordanien, Türkei, Libanon und Irak statt.



Syrische Flüchtlinge im Lager Kawargosk im Irak

Rund 15 Millionen Menschen aus Syrien und dem Irak leben als Vertriebene im eigenen Land oder sind in die Nachbarländer geflohen. Der Bürgerkrieg und der Vormarsch des sogenannten Islamischen Staats (IS) haben sie dazu gezwungen. Oft mussten die Familien alles zurücklassen und leben jetzt unter enorm schwierigen und teilweise bedrohlichen Verhältnissen.

In den Nachbarländern haben mehr als 4,8 Millionen Menschen aus Syrien Schutz gesucht. Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) leben etwa 85 Prozent von ihnen außerhalb der offiziellen Camps. Sie suchen Schutz in Zelten, Rohbauten, Garagen oder in Mietwohnungen.

Es fehlt an Arbeitsmöglichkeiten. Viele Familien haben ihre eigenen Reserven aufgebraucht, das macht sie von externer Hilfe abhängig. Viele Menschen wurden außerdem Zeugen von Gewalt, haben nahestehende Angehörige verloren und sind stark traumatisiert. Sie mit lebensnotwendigen Hilfsmitteln zu erreichen, ist eine besondere Herausforderung für die lokalen Helfer.

Perspektiven schaffen

Nicht nur die geflohene Bevölkerung leidet unter dem täglichen Überlebenskampf und der fehlenden Perspektive. Auch die Bevölkerung der Gastländer bekommt die negativen Auswirkungen der dauerhaften Krise deutlich zu spüren. Der

Zugang zu Wohnraum und Arbeitsplätzen wird immer schwieriger. Zusätzlich zu den lebensrettenden Maßnahmen für neu eintreffende Familien müssen daher mittelfristige Perspektiven für die Menschen geschaffen werden.

Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt aus diesem Grund mit ihren lokalen Partnern Projekte um, die sowohl für Flüchtlinge als auch für die lokale Bevölkerung Perspektiven für stabile Lebensverhältnisse schaffen und neue Entwicklungschancen eröffnen.

Nordirak

Knapp 250.000 Menschen aus Syrien suchen seit Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2011 Schutz im Irak. Doch auch dort ist die Lage sehr unsicher: Kämpfe der irakischen Armee und Peshmerga Truppen gegen den IS führen nach wie vor zu Vertreibungen. Über 3,2 Millionen Irakerinnen und Iraker flohen in sichere Regionen ihres Landes, viele davon in die Autonome Region Kurdistan im Nordirak mit ihren drei Provinzen Dohuk, Erbil und Suleimaniyah.

Lage verschlechtert sich

Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge und Vertriebene im Irak sind schwierig. Steigende Mieten und Nahrungsmittelknappheit sowie fehlende Arbeitsmöglichkeiten sind nur einige Probleme, unter denen auch die aufnehmenden Gemeinden leiden. Soziale Fürsorge oder Gesundheitssysteme sind marode oder nicht existent. Eine Rückkehr der syrischen Flüchtlinge und der irakischen Binnenvertriebenen in ihre Heimat ist nicht in Sicht.

Die humanitäre Lage ist schlecht, elf Millionen Menschen sind im Irak auf grundlegende, lebenssichernde Hilfe angewiesen. Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation REACH (Rehabilitation, Education and Community's Health) sowohl die syrischen Flüchtlinge als auch die intern vertriebenen Irakerinnen und Iraker mit Gutscheinen für Nahrungsmittel und Hygieneapakete sowie psychosozialer Hilfe. Mit „cash for work“-Maßnahmen leistet das Hilfswerk außerdem einen Beitrag dazu, Familien ein Einkommen zu schaffen: Die Begünstigten helfen



Workshop für Jugendliche im Gemeindezentrum in Bazyan im Nordirak

den Projektmitarbeitenden bei Pack- und Verteilaktionen sowie kleinen Reparaturmaßnahmen in Schulen. Dafür werden sie auf Tagessatzbasis entlohnt.

Gemeinden bieten Raum

In den Städten Bazyjan, Bainjan und Suleihmaniyah wurden in Zusammenarbeit mit der lokalen Partnerorganisation drei Gemeindezentren eröffnet. In den Zentren finden Kurse, Kinderbetreuung und Beratungen statt, um den ankommenden Familien die Integration zu erleichtern und sie bei der Überwindung der durch Flucht und Gewalt erlebten Traumata zu unterstützen. Angeboten werden unter anderem spielerische Aktivitäten, Sprachkurse, Englischunterricht, Alphabetisierungs- und Computerkurse. Die Kursleiterinnen und -leiter sind zumeist selbst geflohen, teilen also die Erfahrungen der Menschen. In einem psychologischen Training haben sie gelernt, wie sie den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen am besten beistehen. Das Projekt soll einen Beitrag dazu leisten, den Flüchtlingen und der gastgebenden Gemeinde einen gemeinsamen sicheren Raum zu geben.

Einkommen schaffen

Mit beruflichen Trainings legt die Diakonie Katastrophenhilfe zusammen mit REACH außerdem im Nordirak den Grundstein für neue Einkommensmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge und irakische Vertriebene.

Kostenbeispiel

Mit **50 Euro** kann eine sechsköpfige Familien einen Monat lang ihren Bedarf an **Lebensmitteln und Hygieneartikeln** decken.

Jordanien

Laut Unicef sind alleine 657.000 syrische Flüchtlinge in Jordanien registriert. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder unter 18 Jahren. Der größte Teil der Flüchtlinge lebt auch in Jordanien bisher nicht in Camps, sondern in Dörfern



Viele Flüchtlinge in Jordanien kommen wie diese Familie in baufälligen Wohnungen in East Amman unter.

nahe der Grenze oder größeren Städten. Sie sind damit viel schwieriger für Hilfsorganisationen zu erreichen. Ihre ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln oder medizinischen Dienstleistungen ist nicht sichergestellt.

Aufenthaltsstatus ungesichert

Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge, die sich außerhalb der Camps unregistriert aufhalten, keinen offiziellen Anspruch mehr auf humanitäre Hilfe haben und riskieren, nach Syrien zurückgeschickt zu werden. Ziel der Diakonie Katastrophenhilfe ist, gerade den Bedürftigsten unter den Flüchtlingen und den Gastgemeinden zu helfen.

Hilfsmaßnahmen

Die lokalen Partnerorganisationen der Diakonie Katastrophenhilfe wissen, wo die Flüchtlingsfamilien untergekommen sind und versorgen sie mit Decken und Kleidung zur Vorbereitung auf den Winter und unterstützen kurzfristig bei der Begleichung ihrer Miete. Andererseits werden langfristige Möglichkeiten für die Begünstigten zur Bestreitung ihrer Lebensgrundlage durch die Einrichtung eines Gemeindezentrums geschaffen, in dem beispielsweise Berufsausbildungstrainings durchgeführt werden.



Warme Mahlzeit für bedürftige Familien: Sammah K. koordiniert die Essensverteilung.

Kostenbeispiel

Eine dreimonatige **Mietunterstützung**, mit der eine Flüchtlingsfamilie ihre Lebenssituation verbessern kann, kostet **160 Euro**.

Libanon

Seit Beginn des Jahres 2015 ist für syrische Flüchtlinge eine einfache Einreise in den Libanon in Verbindung mit einem Asylantrag nur noch in seltenen Fällen möglich. Die Erneuerung bestehender Aufenthaltstitel erfordert eine Zahlung von 200 US-Dollar - eine Summe, die nur wenige Familien aufbringen können. Der restriktive Umgang mit den Syrerinnen und Syrern hat seine Ursache unter anderem in der starken Belastung des Landes: Etwa 1,5 Millionen, davon etwa 1 Mio registrierte syrische Flüchtlinge suchen in einem Land der Größe Hessens mit 4,5 Millionen Einwohnern Zuflucht in provisorischen Camps oder Mietwohnungen.

Im Libanon gibt es keine offiziellen Flüchtlingscamps. Der Großteil der Menschen lebt in Gebieten nahe der syrischen Grenze im Norden des Landes sowie in der Bekaa-Ebene im Osten. Beide Regionen zählen zu den ärmsten des Landes. Auch der Libanon kämpft mit der angespannten Sicherheitslage im eigenen Land, unter anderem durch die Anwesenheit und den Einfluss des sogenannten IS und weiterer militanter Gruppen.

Hilfsmaßnahmen

Ziel der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Partnerorganisationen ist es, besonders bedürftigen Familien zu helfen, von denen die meisten in illegalen Zeltsiedlungen ohne Kochmöglichkeiten unterkommen.

Kochen verbindet

In vier Gemeinschaftsküchen in Tripoli und der Bekaa-Ebene kommen jeden Morgen libanesische und syrische Frauen zum gemeinsamen Kochen in der Küche eines Gemeindezentrums zusammen. Das warme Essen wird anschlie-

ßend an Familien in den illegalen Zeltsiedlungen verteilt. Damit erreichen die Helfer wöchentlich etwa 2.760 Menschen.

Sammah K., angestellt von der Partnerorganisation International Orthodox Christian Charities (IOCC) (Bild li.), koordiniert die Verteilaktionen in Tripoli. Sie ist selbst aus Syrien geflohen. Durch die Mitarbeit in der Küche erwirtschaftet sie ein kleines Einkommen – das Einzige in der Familie. „Die Arbeit beschäftigt mich“, sagt sie. „Sie lenkt mich von den quälenden Erinnerungen und dem Heimweh ab.“

Kostenbeispiel

1 warme Mahlzeit pro Tag kostet in der Zubereitung und mit der Auslieferung pro Familie **10 Euro**.

Türkei

Mit fast drei Millionen Flüchtlingen ist die Türkei aktuell das Land, das weltweit die meisten Vertriebenen aufgenommen hat. Die meisten von ihnen stammen aus Syrien und aus dem Irak, mehr als die Hälfte sind Kinder. 90 Prozent

aller syrischen Flüchtlinge in der Türkei leben außerhalb der offiziellen Flüchtlingslager in den Provinzen Hatay, Sanliurfa, Diyarbakir, Batman oder in Istanbul. Sie stehen vor großen Herausforderungen, sich zurechtzufinden und haben nur begrenzten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen. Nachdem ihre Ersparnisse erschöpft sind und die Einkommensmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt für sie gering sind, bleibt der überwiegende Teil der Flüchtlinge von externer Hilfe abhängig. Darüber hinaus sind viele Flüchtlinge Opfer des gewaltsamen Konflikts geworden oder durch ihre Erlebnisse traumatisiert. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist dementsprechend groß.

Hilfsmaßnahmen

Die Diakonie Katastrophenhilfe ist seit 2012 in Zusammenarbeit mit dem Partner Support to Life (STL) vor Ort aktiv und hat bereits eine Vielzahl von Nothilfemaßnahmen für syrische Flüchtlinge umgesetzt. So wurde beispielsweise im November 2016 mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ein Projekt gestartet, in dem Winterhilfe und Schutz für die bedürftigsten Flüchtlinge im Vordergrund stehen. Denn allein mit Nahrung oder einem Dach über dem Kopf ist ihre Not noch nicht gelindert.



Flüchtlinge in der Türkei

In den ersten Monaten lag der Schwerpunkt der Hilfsmaßnahmen auf der Winterhilfe, denn auch im Südosten der Türkei wird es im Winter empfindlich kalt und nicht selten fallen die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. In der Region Hatay wurden daher insgesamt 21.600 Flüchtlinge mit entsprechenden Hilfsgütern ausgestattet, um den Winter zu überstehen. Hierzu erhielten die Bedürftigen Geldkarten, die mit einem Betrag von 50 Euro pro Person aufgeladen waren. Auf speziellen Märkten konnten die Flüchtlinge dann wärmende Kleidung, Decken oder auch Benzin für Heizöfen erwerben und mittels Geldkarte bezahlen – je nachdem, welche Güter sie am dringendsten benötigten.

Unterstützung und Bedarf

Hilfsmaßnahmen wie diese gehören zur sogenannten Cash Assistance, der humanitären Hilfe durch bargeldlosen Geldtransfer. Diese Form der Hilfe orientiert sich am Bedarf der Menschen und ermöglicht eine zielgenauere Versorgung als vorgepackte Hilfspakete. Vor allem aber ermöglichen Bargeldtransfers den Empfängern, ihre Würde und Entscheidungsfreiheit zu bewahren. „Vorgepackte Hilfspakete entsprechen der Kultur und den Standards der Helfer, nicht unbedingt denen der Hilfeempfänger“, weiß Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Sie machen die Betroffenen zu passiven Empfängern, entmündigen sie. Die aber wollen ihr eigenes Geschick so schnell wie möglich wieder selbst in die Hand nehmen. Zur Bewältigung von Traumata gehört es, Ohnmacht und Passivität zu überwinden und über das eigene Leben Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu haben.“

Darüber hinaus konzentriert sich die Diakonie Katastrophenhilfe zusammen mit ihrem Partner STL auf psychosoziale Begleitung. Durch Bildungsangebote, Rechtsberatung sowie weiterführende Hilfen soll die Eigenständigkeit der Flüchtlinge gestärkt und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen erleichtert werden. Vor allem Kinder und Frauen innerhalb der Flüchtlings- sowie der aufnehmenden Gemeinden sollen von dieser Hilfe profitieren. Das Angebot reicht von



Winterkleidung für Flüchtlinge in der Türkei per CASH Transfer

psychologischer Beratung bis hin zu berufsvorbereitender Ausbildung. Zusammen mit STL hat die Diakonie Katastrophenhilfe auch mehrere Anlaufstellen für Flüchtlinge eingerichtet. So wird beispielsweise in einem mit Förderung durch das Auswärtige Amt betriebenen Gemeindezentrum in Sanliurfa psychosoziale Hilfe für mehr als 10.000 Menschen angeboten. Durch Kunsttherapie und spielerische Aktivitäten können Kinder ihren Gefühlen Ausdruck verleihen, Erwachsene werden über ihre Rechte als Flüchtling aufgeklärt, Eltern können an Schulungen zu Ernährungsfragen teilnehmen.

Syrien

Der Syrienkrieg befindet sich mittlerweile im siebten Jahr. Die UN schätzt, dass 13,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, darunter 5,8 Millionen Kinder. Innerhalb Syriens wurden ca. 6,3 Millionen intern vertrieben, weitere 4,8 Millionen haben das Land verlassen und sind in den Anrainerstaaten registriert.

riert. Die Auswirkungen des Krieges sind vor allem im Gesundheitsbereich verheerend. Es fehlen Medikamente und ausreichend Personal. Viele Krankenhäuser wurden zerstört und können keine Verletzten mehr aufnehmen. Viele Menschen sind durch die Nichtbehandlung von Krankheiten wie Masern, Durchfall, Atemwegserkrankungen und Kinderlähmung gestorben. Chronische Krankheiten können aus Kostengründen nicht behandelt werden.

Hilfsmaßnahmen

Die Partnerorganisation International Orthodox Christian Charities (IOCC) der Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt die Menschen in Syrien mit der Verteilung von Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs, wie beispielsweise Kochgeschirr, Decken und Hygieneartikel. Außerdem leistet IOCC Aufklärung über die Vorbeugung von Magen-Darm-Erkrankungen und die sichere Aufbewahrung von sauberem Trinkwasser. In der Stadt Homs wurden bereits zwei Schulen renoviert und neben psychosozialer Unterstützung für Kinder auch Hilfen zur



Zerstörte Stadt Homs. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist immens.

Beschaffung von Schuluniformen und Lehrmaterialien geleistet. Darüber hinaus wurden seit 2016 mehr als 580 schwer kranke Menschen mit überlebenswichtigen Medikamenten versorgt. Sie hätten ohne diese Hilfe weder Zugang noch die nötigen finanziellen Mittel für die Therapie. Die im Winter aus der umkämpften Stadt Aleppo geflohenen Menschen werden mit Hygienesets, Kleidung, Schuhen, Bettzeug und Matratzen unterstützt.

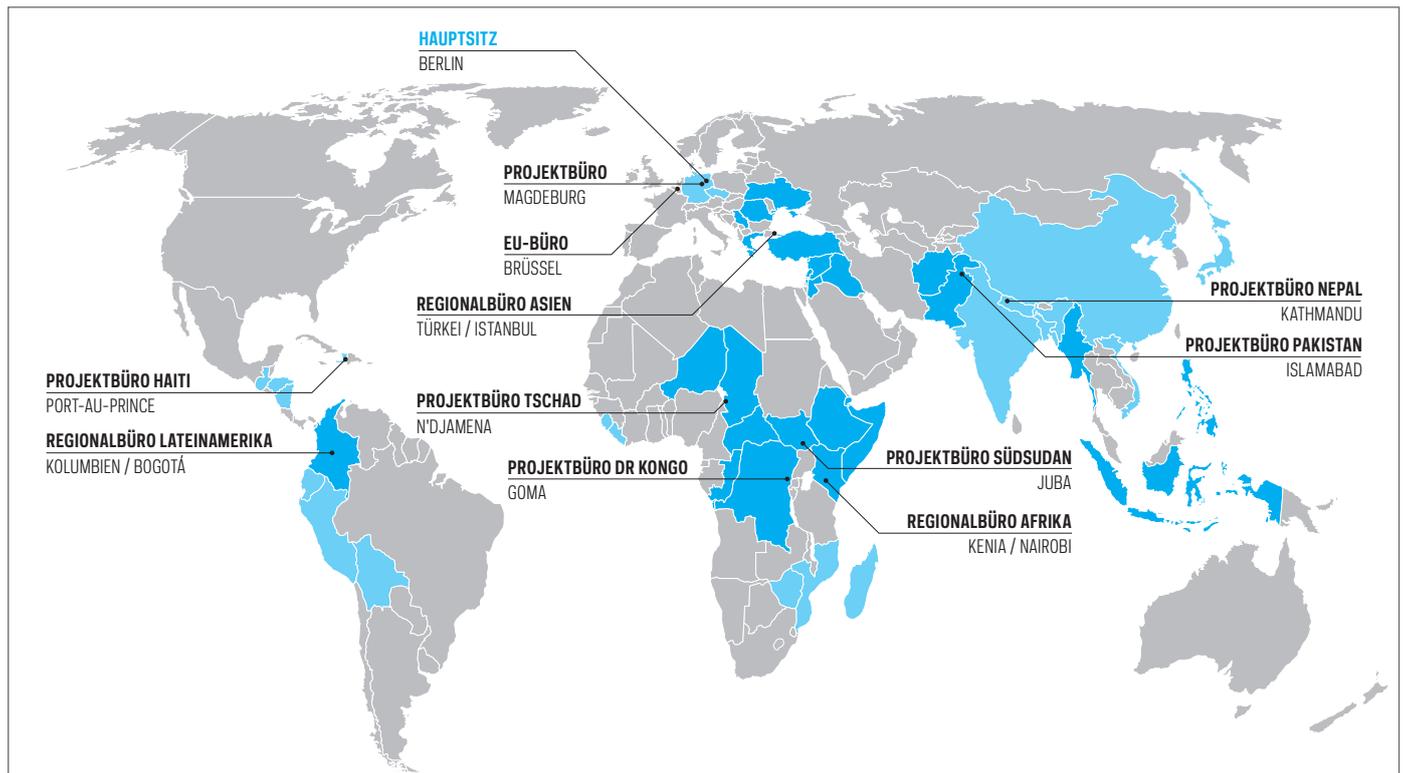
Insgesamt hat die Diakonie Katastrophenhilfe bisher mehr als 150.000 besonders bedürftige Menschen in Syrien erreicht.

Hilfe für Flüchtlinge weltweit

Weltweit ist die Zahl der Flüchtlinge mit über 65 Millionen so hoch wie noch nie. Einige Brennpunkte begegnen uns täglich in der Medienberichterstattung. Wir sehen Bilder von Menschen, die aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea über das Mittelmeer nach Europa fliehen. Viele Krisenherde erreichen aber kaum mediale Aufmerksamkeit. Kolumbien ist nach dem Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg mit sechs Millionen Menschen nach Syrien das Land mit der höchsten Zahl intern Vertriebener. Auch in Pakistan sind mehr als eine Million Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Terror. Aus der Zentralafrikanischen Republik sind mehr als 470.000 Menschen Menschen in die Nachbarländer Tschad und Kamerun geflohen.

Gegenwärtig ist die Diakonie Katastrophenhilfe in rund 20 Ländern im Einsatz für Menschen auf der Flucht. Mit lokalen Partnerorganisationen und Partnern aus dem Netzwerk ACT (Action by Churches together) versorgt sie die Menschen mit lebenswichtigen Hilfsgütern und steht ihnen bei, um sich eine neue Existenz aufzubauen.

Doch obwohl der humanitäre Bedarf weltweit stark gestiegen ist, sind die Mittel für



In rund 20 Ländern ist die Diakonie Katastrophenhilfe im Einsatz für Menschen auf der Flucht

humanitäre Hilfe nicht im selben Maße gewachsen und ungleich verteilt. Für humanitäre Organisationen ist das Einwerben von Spenden für „Vergessene Krisen“ schwieriger als für medial aktuelle Katastrophen. Deshalb sind zweckun-

gebundene Spenden für die Diakonie Katastrophenhilfe wichtig, um unabhängig von politischen Konjunkturen und medialem Interesse auch in „Vergessenen Krisenregionen“ Hilfe leisten zu können.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Thomas Lohnes (S. 4), Ben Nausner (S. 3), Christoph Püschner (S. 1), Michael Stürzenhofecker (S. 2), STL/Diakonie Katastrophenhilfe (S. 5), Voss/Diakonie Katastrophenhilfe (S. 7) **Redaktion** Maike Lukow, Regina Seitz, Birgit Lembke, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Oktober 2017

Warum Menschen aufgrund von Krieg und Gewalt fliehen müssen

Weil ihr Leben durch Krieg und Gewalt bedroht ist, sehen sich immer mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auf dem Weg in vermeintlich sichere Gebiete nehmen sie große Anstrengungen und Gefahren auf sich.



Seit 2013 wird der Südsudan von blutigen Konflikten erschüttert. Weit mehr als eine Millionen Menschen sind auf der Flucht.

Im Jahre 2016 hat es 38 Konflikte mit „Gewalt hoher Intensität“ gegeben. 18 davon werden nach dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung als Kriege kategorisiert. Einige dieser Konflikte dauern bereits seit Jahren an und sind Grund dafür, dass Menschen keine Perspektive für sich sehen und Schutz in der Fremde suchen.

Traurige Beispiele für gewaltsam eskalierte Konflikte sind der Südsudan, die Zentralafrikanische Republik, Afghanistan, Syrien und der Irak. Auch Burundi und Ruanda sind bereits

seit vielen Jahren als Krisenregionen mit Millionen von Vertriebenen und Schutzsuchenden bekannt - ebenso wie Ost-Timor und Aceh, Kambodscha, Vietnam, Abchasien und Armenien/Aserbaidzhan sowie Kolumbien, Guatemala, Honduras und Mexiko, um nur einige der Regionen auf der Welt zu nennen, in denen aufgrund von Gewalt und Krieg Menschen auf der Flucht sind.

Das hat auch mit uns in Deutschland zu tun: Denn viele der genannten Konflikte sind auch Folgen politischer Entscheidungen in Deutsch-



Mehr als 100 Organisationen, darunter viele kirchliche Gruppen, engagieren sich seit 2011 in der Kampagne „Aktion Aufschrei“ für ein Verbot deutscher Rüstungsexporte.

land (Rohstoff-, Klima-, Wirtschafts-, Rüstungs-, Sicherheits-, Innen- und Handelspolitik). Politik und Handeln der Gesellschaft müssen darum auch bei uns darauf abzielen, Gewalt vorzubeugen und Konflikte gewaltfrei auszutragen, statt anderen, oft wirtschaftlichen, Interessen Vorzug einzuräumen. Darauf hinzuwirken ist auch Aufgabe der Kirchen und ihrer Hilfswerke. Die Förderung von Friedensarbeit, konstruktive Konfliktbearbeitung und friedenspolitische Lobbyarbeit sind für uns daher integraler Teil unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass Konflikte nicht gewaltsam ausgetragen werden. Wenn Entwicklungszusammenarbeit friedensfördernd ausgerichtet ist, kann sie einen Beitrag zur Prävention von Gewalt leisten. Eine belastbare Alternative zu Gewalt und Unrecht aufzeigen zu können, schafft das größte Potential für

friedliche Entwicklung. Das setzt jedoch langfristiges, konfliktsensibles Engagement und enge Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen vor Ort voraus. Wenn die Ursachen von Konflikten frühzeitig erkannt werden, können die lokalen Organisationen unterstützt werden, gewaltfreie und friedliche Methoden anzuwenden.

Aus den Erfahrungen unserer Partnerorganisationen lernen wir, dass die erfolgreiche Transformation von Konflikten von gewalttätiger zu friedlicher Austragung dort gelingt, wo das Friedenspotential der Bevölkerung explizit gestärkt wird. Hierzu müssen die Vernetzung von Akteuren ausgebaut und die Menschenrechts- und Friedensarbeit eng miteinander gedacht werden. Wir fördern friedliche Konfliktlösungen, die Aufrechterhaltung der Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft, Versöhnung und die Verhinderung weiterer Gewalteskalation.

In der politischen Arbeit bemüht Brot für die Welt sich, Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Politikfeldern und die konflikttreibenden Wirkungen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch Rohstoff-, Klima-, Rüstungs-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Innen- und Handelspolitik aufzuzeigen. Die Arbeit an Fluchtursachen erfordert ein Umdenken in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und eine friedensfördernde Ausrichtung, die nicht immer den unmittelbaren kurzfristigen Eigeninteressen, jedoch langfristigen Bedürfnissen nach Stabilität, Frieden und menschlicher Sicherheit entspricht.

In Deutschland arbeitet Brot für die Welt eng mit Netzwerken wie Aktion Aufschrei zusammen, die sich mit ihren Mitgliedsorganisationen mit kreativen Aktionsformen dafür einsetzen, dass es zu einem Stopp von deutschen Kleinwaffenexporten kommt. Gemeinsam wollen wir der nahezu unbegrenzten Verfügbarkeit der Kleinwaffen als „Massenvernichtungswaffe“ des 21. Jahrhunderts endlich eine wirksame Kontrolle entgegen setzen.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Was fordert Brot für die Welt?

• Lokale Friedenspotentiale stärken

Zentral für die Prävention von gewaltsamen Konflikten ist die Unterstützung friedensbereiter Kräfte zur Früherkennung von Konfliktursachen, zur friedlichen Konfliktbeilegung und Versöhnung nach der Gewalteskalation. Daher muss die lokal betroffene Zivilgesellschaft in eigenständiger Verantwortung beteiligt werden, ihre Sicht und ihre Analyse bei der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten einzubringen.

• Beendigung von Waffenexporten

Insbesondere die Einschränkung des internationalen Waffenhandels muss zentrales Element einer präventiven Politik sein. Deutschlands Rolle als einer der größten Exporteure von Klein- und Leichtwaffen, einhergehend mit einer mangelnden Endverbleibskontrolle, hat dazu

geführt, dass in nahezu jedem gewaltsam eskalierten Konflikt deutsche Waffen im Einsatz sind. Daher setzen wir uns mittelfristig für einen kompletten Stopp von Kleinwaffenexporten ein.

• Friedenspolitisches Leitbild

Wir setzen uns dafür ein, dass eine „Friedenslogik“ anstatt einer „Sicherheitslogik“ zur Orientierungslinie des politischen Handelns Deutschlands wird. Dies bedeutet, dass wir ganz im Sinne der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sowohl alle nach innen als auch außen gerichteten politischen Handlungsfelder im Hinblick auf gewalt- und krisenpräventive, friedensfördernde Politik durch Deutschland ausrichten müssen.

Fluchtursachen bekämpfen

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirt-



Mit Konflikttraining wie hier in Nord Kivu/Kongo sollen Frauen in ihren Rechten gestärkt und Gewalt vorgebeugt werden.

schafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): Leitbild Frieden - Was heißt friedenslogische Flüchtlingspolitik? Dialog 14. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialog_14_Leitbild_Frieden.pdf

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): The churches and political conflict in the horn of Africa. Dialogue 15. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialogue15_The_churches_and_political_conflict_in_the_horn_of_africa.pdf

Flyer der Kampagne „Aktion Aufschrei“ www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/Neues/materialien/folder_rexpo_1_2015_pc_web.pdf

GKKE-Rüstungsexportbericht www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/16_12_12_Ruestungsexportbericht.pdf

Brot für die Welt (2009): Konflikttransformation und Friedensarbeit. Profil 1. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Profil/Profil_01_Konflikttransformation_Internet.pdf

Evangelischer Entwicklungsdienst (2009): Mit Konflikten umgehen - die Perspektive wechseln. www.brot-fuer-die-welt.de/static/shop-eed/eed_mit-konflikten-umgehen_09_deu.2.pdf

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Nils Carstensen (S. 1), Thomas Lohnes (S. 4), Samantha Staudte/IPPNW (S. 2) **Autoren** Andreas Dieterich, Wolfgang Heinrich, Caroline Kruckow **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller Berlin, September 2017

Vertreibung durch Landraub – Was tun, wenn das Land knapp ist?

Weltweit wachsender Konsum, Energiehunger und damit wachsender Flächenverbrauch steigern den ökonomischen Wert von Land im globalen Maßstab und lassen es zur Handels- und Spekulationsware des 21. Jahrhunderts werden. Das Phänomen der Landvergabe an Investoren ohne Berücksichtigung menschenrechtlicher Standards und Verfahren ist als Land Grabbing bekannt. Doch ohne Zugang zu Land und Wasser ist ein Leben in Würde nicht möglich.

Laut der internationalen Land-Matrix-Initiative sind mittlerweile mehr als 68 Millionen Hektar fruchtbare Ackerfläche weltweit an Investoren vergeben oder in Aussicht gestellt. Dies entspricht etwa einem Drittel des Ackerlandes in der Europäischen Union. Die Dunkelziffer der verdeckten Landdeals ist jedoch hoch, sodass sich vermutlich noch Millionen Hektar mehr in Investorenhand befinden.

Rund 70 Prozent der Landdeals spielen sich in Subsahara-Afrika ab, in Ländern wie Äthiopien, Mosambik und Sudan. Die Investoren sind ganz unterschiedlich: Staaten auf der Suche nach Ackerfläche in anderen Ländern, europäische und US-amerikanische Banken mit ihren Investmentfonds sowie multinationale Unternehmen, Agrarkonzerne und Handelsfirmen. Dazu zählen beispielsweise die deutsche Neumann Gruppe in Uganda, das malaysische Unternehmen Sime Darby in Sierra Leone, Liberia und Kambodscha oder die indische Karuturi Global Ltd. in Äthiopien sowie staatliche Konzerne beispielsweise aus Ländern wie China, Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es gehören aber auch nationale Eliten und Privatunternehmer dazu, die sich große Landflächen mit Unterstützung der Regierungen aneignen.

Die Folgen dieser Landnahme sind oft starke soziale Umbrüche, die ein hohes Konfliktpoten-

tial bergen. Die auf diesem Land lebende Bevölkerung wird vielfach zu Migration und Flucht gezwungen. Studien wie die der Economics of Land Degradation-Initiative 2015 belegen, dass bereits 1,4 Milliarden Menschen auf kaum fruchtbaren Böden leben. Da für viele von ihnen Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle ist, gefährdet dies ihre Existenz. Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit, auch als Bodendegradation bezeichnet, wird Schätzungen zufolge in den kommenden zehn Jahren gut 50 Millionen Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, weil sie nicht mehr ausreichend Nahrung für sich und ihre Familien produzieren können.

Die beteiligten Regierungen versagen, wenn es um den Schutz der lokalen Bevölkerung geht. Neben dem Verlust der fruchtbaren Flächen werden auch tausende Menschen umgesiedelt oder vertrieben, weil in bestehende Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse eingegriffen wird, um Land an Bergbau-Unternehmen oder für Infrastrukturprojekte zur Energieerzeugung zu vergeben. Auch die deutsche Rohstoff-, Energie-, Handels- und Wirtschaftspolitik hat so mit der Landnahme im globalen Süden zu tun und führt weltweit zu Vertreibung und Flucht.

Was tut Brot für die Welt?

Brot für die Welt untersucht und dokumentiert gemeinsam mit seinen lokalen Partnerorgani-

sationen Fälle von Landraub und dessen Auswirkungen. Auf der Grundlage dieser Beobachtungen formulieren wir Forderungen, die wir an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft vor Ort und in Deutschland richten. Außerdem unterstützen wir die Vernetzung von Partnerorganisationen aus Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Afrika, damit sie ihre Erfahrungen im Einsatz gegen unrechtmäßige Landaneignungen durch Investoren und gegen die Zunahme von Gewalt und Unterdrückung austauschen können.

Vielfach werden lokale Initiativen, die sich gegen Großinvestitionen und damit verbundene Vertreibungen zur Wehr setzen, kriminalisiert und unter Druck gesetzt. Brot für die Welt unterstützt Landrechtsverteidigerinnen und Landrechtsverteidiger in ihrer Arbeit und setzt sich, häufig im Verbund mit anderen Partnerorganisationen, für ihren Schutz und den Erhalt, beziehungsweise die Schaffung zivilgesellschaftlicher Freiräume zur politischen Arbeit ein.

Außerdem tritt Brot für die Welt für rechtlich verbindliche internationale Regelungen ein, die Landraub und Vertreibung verhindern und von Regierungen und Investoren menschenrechtliche Standards einfordern. Dazu gehören auch die Freiwilligen Leitlinien der Welternährungsorganisation FAO zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land, Forst und Fischgründen (VGGT).

Landnahme in Sierra Leone

Im Jahr 2008 pachtete das Schweizer Unternehmen Addax Biofuels im Nordosten Sierra Leones große Ackerflächen für einen Zeitraum von 99 Jahren, um auf einer Fläche von 10.000 Hektar Bioethanol für den europäischen Markt zu produzieren. Diese Flächen wurden vorher zum größten Teil von den umliegenden Dorfgemeinschaften bewirtschaftet, die Wasserquellen dienten der Trinkwasserversorgung und Bewässerung.

In den Jahren 2014/15 geriet das Großprojekt von Addax ins Straucheln und seit 2016 hat ein neuer Investor, Sunbird Bioenergy, die gepachte-

ten Flächen übernommen. Durch das Addax-Projekt wurden Flächen belegt, die vorher zur Lebensmittelerzeugung dienten, und der Zugang zu Wasser behindert. Gleichzeitig wurden nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die Einkommenslage hat sich für die Mehrzahl der Anwohnenden nicht verbessert, die Dorfbevölkerung ist gespalten in einige, die Hoffnung in das Projekt setzen, und andere, die ihre Lebensgrundlage schwinden und die Ernährung der Familie nicht gesichert sehen. Das Netzwerk lokaler Partnerorganisationen Sierra Leone Network on the Right to Food (SiLNoRF) suchte den Dialog mit Addax, aufflammende Konflikte konstruktiv zu lösen, Gewalt zu mindern und so vor Vertreibung und Flucht zu schützen.

Das ADDAX-Vorhaben in Sierra Leone wurde von verschiedenen Entwicklungsbanken unterstützt, unter anderem auch von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft/DEG. Inzwischen ist das Projekt abgeschlossen. Die Entwicklungsbanken lehnen es ab, Verantwortung für negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung zu übernehmen und für Schäden aufzukommen. Zivilgesellschaftliches Monitoring und die Unterstützung der Partner in ihrer Advocacyarbeit gegenüber dem Unternehmen sind deswegen wichtig. Auf diese Weise lässt sich auf negative Nebenwirkungen des Großprojektes langfristig aufmerksam machen und auf entsprechende Entschädigungen hinwirken.

Ziel ist es, bei dem Unternehmen und der Regierung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche negativen Nebeneffekte Landinvestition haben können und wie diese aufgefangen werden können. So dürfen ansässige Bevölkerungsgruppen nicht unfreiwillig umgesiedelt oder gewaltsam vertrieben werden. Wasserläufe müssen wieder rehabilitiert und für die lokale Bevölkerung zugänglich gemacht werden, wenn sie bei der Flächenbearbeitung zerstört oder verschmutzt wurden. Auch müssen sichere Wege für die Kinder eingerichtet werden, wenn sie durch die neuen Straßen zu den Zuckerrohrfeldern und Fahrzeuge auf ihrem Fußweg zur Schule gefährdet sind.

Dabei ist von zentraler Bedeutung, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung, unter aktiver, freier und informierter Beteiligung von marginalisierten Gruppen, Indigenen und Frauen, Projekte und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu planen und durchzuführen. Dabei ist auf nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituation hinzuwirken, Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten langfristiger Art, nicht nur saisonal und unter prekären Bedingungen zu schaffen, Ressourcen und Umwelt nachhaltig zu schonen und gleichzeitig ausreichend Zeit für Anpassung und Möglichkeiten eines sozialen Wandels einzuräumen.

Auch in anderen Ländern wehren sich Partnerorganisationen von Brot für die Welt gegen den Ausverkauf ihres Landes und setzen sich auf verschiedenen Ebenen gegen den Landraub ein (s. Brot für die Welt (2014): Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität. Analyse 43).

Was fordert Brot die Welt?

Negative Auswirkungen von Landinvestitionen auf den Zugang zu Land müssen in allen Politikbereichen vermieden und Unternehmen sowie ihre Finanziere zur Verantwortung gezogen werden.

- Die deutsche Rohstoff-, Wirtschafts-, Klima-, Energie-, Handels und Agrarpolitik sind auf ihre negativen Effekte auf Land und Wasser und deren Verfügbarkeit für lokale Bevölkerungsgruppen hin zu überprüfen. Deutsche Politik darf nicht zu gewaltsamen Vertreibungen von Land und Zerstörung der Lebensgrundlage lokaler Gruppen beitragen.
- Unternehmen und ihre Finanziere, die sich an Großprojekten beteiligen, in denen Menschen unfreiwillig oder gewaltsam von ihrem Land vertreiben werden, sind zur Rechenschaft zu ziehen.
- Öffentliche Fördergelder dürfen nicht in Großprojekte fließen, in denen in Land investiert wird. Dagegen müssen kleinbäuerliche Strukturen und ökologisch wie sozial nachhaltige Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum gefördert werden. Indigene und traditionelle Lebensweisen sowie der Schutz von Frauen

müssen besonders berücksichtigt und in die Politik- wie Programmgestaltung einbezogen werden, um langfristig das Leben auf dem Land zu ermöglichen und Flucht und Vertreibung zu verhindern.

Die Lebensperspektiven der ländlichen Bevölkerung müssen bei Landdeals berücksichtigt werden.

- Landpolitik muss im Sinne der zivilen Krisenprävention und Vermeidung von Gewalt, Vertreibung und Flucht systematisch in den Politikdialog sowie frühzeitig in internationale Friedensbemühungen aufgenommen werden. Das heißt, sich für eine gerechte Landpolitik einzusetzen, die vor allem Lebenschancen für in Armut lebende und marginalisierte Bevölkerungsgruppen unterstützt. Und es heißt, durch verantwortungsvolles Management der natürlichen Ressourcen Friedenspotentiale zu nutzen und sich für menschenrechtskonformes Agieren von Investoren einzusetzen. Des Weiteren müssen unfreiwillige Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung der lokalen Bevölkerung und die Konzentration großer Landflächen in den Händen weniger unterbunden werden.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen und deren Beteiligung an Landpolitik müssen gestärkt werden.
- Wenn Flüchtlinge in vermeintlich sichere Länder zurückkehren oder zurückgeführt werden, muss auf die Verfügbarkeit von Land und Zugang zu Ressourcen sowohl für die Rückkehrenden als auch für die ansässige Bevölkerung geachtet werden, um nicht erneut zu Konflikten beizutragen.

Im Zusammenhang einer friedenslogischen Flüchtlingspolitik müssen Land Grabbing verhindert und Konfliktursachen angegangen werden.

- Das politische Handeln Deutschlands muss einer „Friedenslogik“ anstatt einer „Sicherheitslogik“ folgen. Das heißt, dass ganz im Sinn der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), sowohl alle nach innen als auch nach außen gerichteten politischen Handlungsfelder auf eine gewalt- und krisenpräven-

tive, friedensfördernde Politik durch Deutschland hin ausgerichtet werden müssen. Landfläche verbrauchende und Land als Spekulationsware befördernde Handlungsweisen und Politikansätze sind dabei in den Blick zu nehmen und zu verändern.

Zum Weiterlesen

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2015): Getting prepared for the Voluntary Guidelines on Land? Facts 45. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell45-Getting_prepared.pdf

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Land Acquisitions and Their Impacts on Peace, Security and Stability. Analysis 43. www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analysis_43_en.pdf

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen sowie unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Land Grabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Florian Kopp **Autoren** Andreas Dieterich, Wolfgang Heinrich, Caroline Kruckow, Bernhard Walter

Redaktion Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller

Berlin, Juli 2017

Flucht und Vertreibung in Myanmar

Jahrzehntlang herrschte eine brutale Diktatur in Myanmar. Vor allem verschiedene ethnische Minderheiten in weit abgelegenen, ländlichen Regionen wurden durch zahlreiche und systematische Menschenrechtsverletzungen durch den Staat wie Mord, Zwangsarbeit, Folter und Vergewaltigungen unterdrückt. Mehr als 400.000 Menschen sind heute noch in Myanmar als Binnenvertriebene auf der Flucht, fast eine Million Menschen ist staatenlos.



Kindern im Flüchtlingscamp wird durch den Brot für die Welt-Partner KBC der Schulbesuch ermöglicht.

Im Norden Myanmars ist die ethnische Minderheit der Kachin betroffen von Verfolgung und Flucht. Die Kachin sind hauptsächlich Christen - anders als die Mehrheit der burmesischen Bevölkerung, die den buddhistischen Glauben haben. Aufgrund vielfältiger religiöser und politischer Diskriminierung fordern die Kachin einen föderalen Staat - was sowohl der Militärregierung als auch der heute gewählten demokratischen Regierung ein Dorn im Auge war bzw. ist. Zudem beherbergt die Region, in der

die Kachin traditionell leben, wertvolle Ressourcen wie Jade, Gold, Holz und Land. Allein im Kachin Distrikt im Norden des Landes belegen geschätzte 50.000 Tote und mindestens 100.000 Binnenflüchtlinge das Ausmaß der Auseinandersetzungen zwischen staatlichem Militär und der Kachin Independent Army (KIA). Seit der Waffenstillstand im Juni 2011 nach 17 Jahren in die Brüche ging, kommt es wieder täglich zu Gefechten zwischen KIA und burmesischem Militär.



Frau Htu Bu im Flüchtlingscamp. Ihr Gesicht ist traditionell mit weißer Paste bemalt.

Anfangs war die Hoffnung auf stabile Friedensabkommen unter der neuen Regierung mit Aung San Suu Kyi groß. Auch die ethnischen Minderheiten hofften, gleichberechtigt das neue Myanmar mitzugestalten. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass zwar Bemühungen für einen Friedensprozess da sind. Doch das burmesische Militär hat noch immer weitreichenden Einfluss, so dass die Verhandlungen nicht wirklich vorankommen. Bisherige Ergebnisse der beiden Friedenskonferenzen haben keine Einigung mit den Konfliktparteien erzielen können.

Leben im Flüchtlingscamp

Es bleibt Htu Bu größter Traum, wieder in ihrem Dorf zu leben. Seit fünf Jahren war sie nicht mehr dort. Htu Bu erinnert sich noch genau an den 15. Juni 2011. An dem Tag eskalierten unerwartet Kämpfe direkt in ihrem Dorf. Sie packte mit ihrer Familie das Nötigste ein und floh in die nächste größere Stadt. Dort kamen sie dann in ein

Myanmar ist ein Vielvölkerstaat. Die überwiegende Gruppe sind Burmesen, sie machen mit 65 Prozent den größten Anteil an der Bevölkerung aus. Doch es gibt sehr viele ethnische Minderheiten. Die über Hundert verschiedenen Sprachgruppen können sieben ethnischen Obergruppen zugeordnet werden: Den Karen, Karenni, Shan, Kachin, Chin, Arakanesen und den Mon. Diese Minderheiten stellen etwa 35 Prozent der Bevölkerung dar, bewohnen aber 60 Prozent der Landfläche, hauptsächlich in den Grenzregionen. Diese abgelegenen, ländlichen Gebiete sind besonders reich an Rohstoffen. Die meisten der ethnischen Minoritäten sind Christen oder Muslime.

Auch wenn der Buddhismus keine Staatsreligion ist, wird ihm in der Verfassung eine besondere Rolle zugestanden. Dabei spielt die enge Verbindung des burmesischen Militärs mit Teilen der buddhistischen Eliten eine besondere Rolle - vor allem in der Vergangenheit, in der die Militärdiktatur ein grausames Regiment geführt hat. Heute schüren bud-

dhistische Fundamentalisten eine feindliche Stimmung anderen Religionen gegenüber. Dieses Gemisch aus traumatischen Erlebnissen der Diktaturzeit, die teilweise feindliche Stimmung anderen Religionen gegenüber - im Fall der muslimischen Rohingya ganz besonders deutlich - sowie das wachsende Interesse an der Ausbeutung der Rohstoffe der ländlichen Regionen erzeugen eine heikle Lage. Das wird durch die diversen Rebellen-Armeen der ethnischen Minoritäten verstärkt. Wenngleich mit vielen von ihnen bereits Waffenstillstands-Abkommen vereinbart wurden, gibt es noch immer heftige Konflikte.

Ende August diesen Jahres soll es einen neuen Anlauf geben, alle noch bestehenden Rebellen-Armeen an einen Tisch zu bekommen. Denn den Frieden innerhalb des Landes zwischen allen Ethnien und Religionen zu Gunsten eines dringend notwendigen wirtschaftlichen Wachstums für alle herzustellen, ist eine herausragende Aufgabe der neunten Regierung unter der Führung von Aung San Suu Kyi.

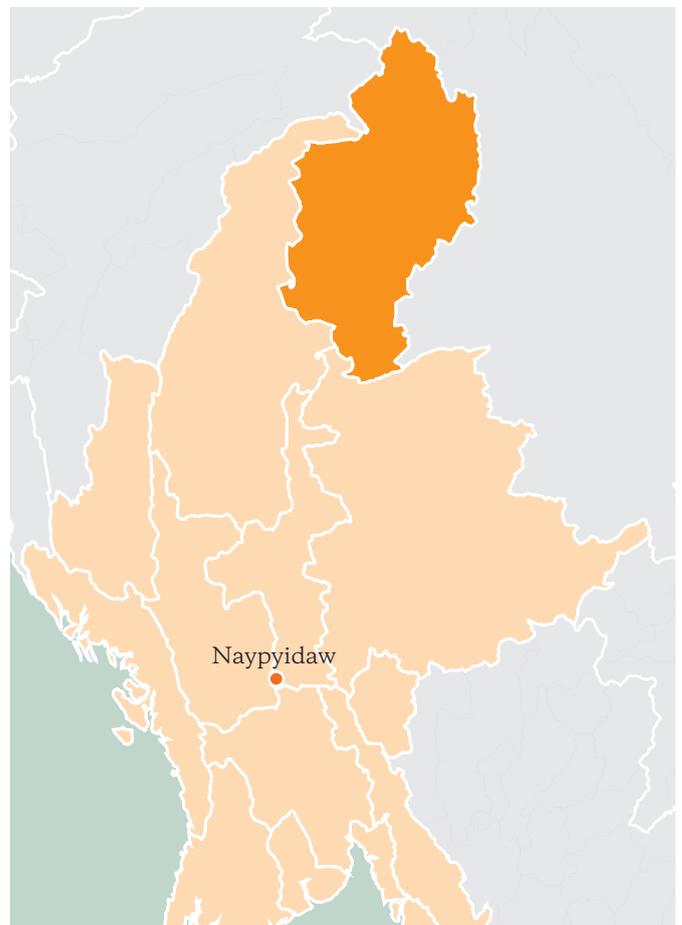


Frauen verpacken im Flüchtlingscamp selbstgemachte Bananenchips in Tüten.

Flüchtlingscamp, das auf dem Gelände der baptistischen Kirche errichtet wurde. Aus schnell zusammen gebauten Bambuswänden wurden unzählige Hütten in langen Reihen gebaut.

In ihr Dorf können sie nicht zurück, denn das ist vom burmesischen Militär besetzt. „Offiziell wird behauptet, dass burmesische Militär sei dort, um uns zu beschützen und um das Dorf nicht an die KIA zu verlieren. Ab und zu schleicht sich einer unserer Männer in die Nähe des Dorfes, um zu sehen, ob wir vielleicht zurückkehren können. Aber die burmesischen Soldaten wohnen in unseren Häusern. Unser gesamtes Vieh haben sie geschlachtet. Die Reisfelder sind inzwischen von Unkraut überwuchert. Und alle Möbel und Hausgegenstände hat das Militär mit Lastwagen aus den Dörfern gefahren. Wahrscheinlich wohnen die Familien der Soldaten in den Städten jetzt mit unseren Möbeln. Wir können nicht zurück, denn Unschuldige werden vom Militär gefangen genommen und gefoltert und Frauen vergewaltigt.“

Htu Bus Überleben im Camp ist inzwischen gesichert. Seit die Organisation KBC in dem



Kachin Distrikt im Norden Myanmars

Camp eine Frauengruppe gegründet hat, verdienen die Frauen ein kleines Einkommen: Sie schneiden Bananen und Kartoffeln in dünne Scheibchen, frittieren sie und verkaufen sie in hübsch bedruckten Tüten als Kartoffel- oder Bananen-Chips. So können die Frauen ausreichend Nahrungsmittel für sich und ihre Familie kaufen und ihre Kinder zur Schule schicken. Htu Bu ist die Leiterin der Frauengruppe: „Meine Mutter ist nach China ausgewandert. Sie würde gerne, dass ich auch dorthin komme. Aber die Frauen hier haben mich als Leiterin ausgewählt. Damit habe ich Verantwortung übernommen. Da kann ich jetzt nicht einfach weggehen.“

Flüchtlingssituation in Myanmar

Etwa 1,3 Millionen Menschen in Myanmar gelten im Moment nach UN-Angaben schutzbedürftig, das heißt, sie sind Flüchtlinge, zurück gekehrte Flüchtlinge, Binnenvertriebene oder staatenlos. Hauptgrund für Flucht und Vertreibung in Myanmar sind bewaffnete Konflikte zwischen Minderheiten und Zentralregierung und ihrem Militär sowie Naturkatastrophen wie Zyklone und Überschwemmungen.

Binnenvertriebene in	
Kachin Staat und Nord-Shan	96.000
Binnenvertriebene in Rakhine	120.000
Binnenvertriebene im Süd-Osten	200.000
Menschen ohne Staatsbürgerschaft	940.000
Weitere Schutzbedürftige	170.000
Gesamt:	1.526.000

Was tut Brot für die Welt

Die Kachin Baptist Konvention (KBC) wird von der Kirche der Baptisten in Myanmar getragen. Viele Menschen der Kachin-Ethnie suchen als Christen auf den Kirchengeländen Schutz vor den Kämpfen. KBC kümmert sich darum, die Menschen in Flüchtlingscamps unterzubringen und zu unterstützen. Dazu gehört Nothilfe für die Ankommenden, aber auch die längerfristige Arbeit, zum Beispiel durch Ausbildungen und Schulbesuche.

Projekträger: Kachin Baptist Convention (KBC)

Finanzierungsbeitrag: 50.000 Euro Spendengelder, 160.000 Euro Gelder vom BMZ

Was erreicht wurde: Das Projekt wird vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2018 gefördert. Davon wurden Schulungen zur Berufsausbildung durchgeführt, sodass beispielsweise Ausgebildete eine Arbeit als Schreiner gefunden haben. Insgesamt wurden 15 Selbsthilfegruppen gegründet, die Waren wie getrocknete Bananen- oder Kartoffelchips produzieren und verkaufen. Flüchtlingskindern wurde der Schulbesuch vor Ort ermöglicht.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Thomas Lohnes **Autorin** Mirjam Dubbert **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching

V.i.S.d.P. Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Juni 2017

Migration, Flucht und Binnenmigration in Afrika

Der Schein trügt: Trotz der großen Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen, die auf Schutz und Chancen in der Europäischen Union hoffen, sind die meisten Flüchtlinge nicht auf dem Weg nach Europa. In Entwicklungsländern leben 84 % der Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat, ein Großteil davon in Afrika. Das wird häufig übersehen. Genau wie die zahlreichen Konflikte und Menschenrechtsverletzungen auf dem afrikanischen Kontinent, die in der weltweiten Medienöffentlichkeit nur wenig Beachtung finden.



Äthiopien liegt auf Rang 5 der Länder auf der Welt, die global gesehen die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Das größte Flüchtlingslager ist Dolo Ado, in dem viele somalische Flüchtlinge unterkommen.

Ein Beispiel dafür ist die Westsahara: Seit 40 Jahren hält Marokko die Region - von der Fläche fast so groß wie Italien - besetzt und verwehrt der Bevölkerung grundlegende Menschenrechte und ein Referendum über ihre Unabhängigkeit. Aus den Schlagzeilen ist der Konflikt lange verschwunden. Auch aktuelle Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik, im Südsudan,

Mali oder Nigeria werden genau wie bereits seit langem bestehende Krisen in Somalia, Eritrea oder der Demokratischen Republik Kongo von der Öffentlichkeit in anderen Ländern weitgehend vergessen. Doch aufgrund dieser Konflikte sehen sich viele Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Südlich der Sahara suchen 5,1 Millionen Menschen jenseits ihrer eigenen Landes-



Frau mit Gutschein für Materialien zum Wiederaufbau ihres Hauses.

grenzen Zuflucht, mehr als 830.000 in Äthiopien. Zudem flüchten in der Region knapp 11,2 Millionen Menschen als Binnenvertriebene im eigenen Land. Weil viele Konfliktparteien - in Somalia beispielsweise die islamistischen Al-Shabaab-Milizen - die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen in den von ihnen kontrollierten Gebieten behindern, sind die Binnenvertriebenen besonders schutzlos und für humanitäre Hilfe schwer erreichbar.

Fluchtursachen

Die Fluchtursachen auf dem afrikanischen Kontinent sind meist gewaltsame Auseinandersetzungen um Macht, Land oder Rohstoffe. Oft werden diese Konflikte zudem religiös oder ethnisch aufgeladen. So entwickelte sich beispielsweise im erst 2011 gegründeten Südsudan aus einem politischen Machtkampf ein Bürgerkrieg entlang ethnischer Linien, in dem bereits zehntausende Menschen getötet wurden. Rund 1,8 Mio Menschen sind vor dieser Gewalt in die Nachbarländer geflohen - nach Äthiopien, Uganda und den Sudan. 1,9 Millionen Menschen sind im Land als Binnenvertriebene auf der Flucht.

In der Zentralafrikanischen Republik leidet die Bevölkerung unter religiös aufgeladener Gewalt. Nach dem Putsch der muslimischen Séléka-Rebellen gegen den Präsidenten Anfang 2013 formierten sich christliche Milizen, die mit Vergeltungsaktionen und Pogromen an der muslimischen Minderheit reagierten. In den letzten Jahren mussten rund 500.000 Menschen nach Kamerun, in den Tschad und in die Demokratische Republik Kongo fliehen. In der DR Kongo herrschen jedoch auch Gewalt und Gesetzlosigkeit. Dabei geht es bei den Kämpfen zwischen verschiedenen Rebellengruppen untereinander sowie mit der kongolesischen Armee nicht nur um politische Macht, sondern auch um territoriale Kontrolle und die Vorherrschaft über die Mineralien- und Metallvorkommen wie Gold, Coltan, Wolfram und Zinn, die weltweit von der Elektronikindustrie begehrt werden.

Auch wer der akuten Lebensgefahr entkommen konnte, ist meist noch lange nicht in Sicherheit. Dort, wo Krieg und blutige Auseinandersetzungen stattfinden, können nur noch wenige Äcker bestellt werden. Hunger ist oft eine unmittelbare Folge der Konflikte und Teil des Kreislaufs von Gewalt, Not und Flucht, dem die Schutzsuchenden aus eigener Kraft kaum entkommen können. Dazu kommen die landwirtschaftlich oft schwer nutzbaren Böden, Dürren, Überschwemmungen und andere Folgen extremen Wetters und des Klimawandels. Viele Vertriebene können sich deswegen über Jahre nicht dauerhaft an einem Ort niederlassen.

Brot für die Welt unterstützt lokale Partnerorganisationen mit Projekten, die sich für Menschenrechte, Frieden und Nachhaltigkeit einsetzen und dadurch nicht nur die Fluchtsituation erträglicher machen, sondern bereits die Fluchtursachen wie Gewalt, Diskriminierung oder Landraub wirkungsvoll bekämpfen. Die Diakonie Katastrophenhilfe fördert in diesem Zusammenhang Projekte mit dem Ziel, ein sicheres und würdevolles Überleben von Vertriebenen und Flüchtlingen am Fluchtort sicher zu stellen oder deren Reintegration zu garantieren. Dabei orientiert sie sich am lokalen Bedarf und unterstützt mit

unterschiedlichen Maßnahmen wie beispielsweise der Verteilung von Hilfsgütern, der Wiederaufbau von Deichen und der Bau von Notunterkünften für Rückkehrer. Flüchtlinge werden nicht nur mit Sachgütern versorgt, sondern erhalten je nach Situation auch Geldkarten oder Gutscheine (sogenannte Cash Assistance), mit denen sie selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld zu welchem Zeitpunkt ausgeben und können an einkommensschaffenden Maßnahmen teilnehmen, zum Beispiel durch Arbeiten auf Baustellen beim Wiederaufbau (Cash for Work).

Hilfe unter schwierigsten Bedingungen

Erneute Gewalteskalationen im Frühjahr 2017 haben die Zentralafrikanische Republik an den Rand einer erneuten schweren humanitären Krise gebracht. Seit dem gewaltsamen Putsch im Frühjahr 2013 herrscht Ausnahmezustand in dem Land im Herzen Afrikas. 2,2 Millionen Menschen – über die Hälfte der 4,6 Millionen Einwohner – brauchen nach Angaben der Vereinten Nationen dringend Hilfe. Eine Million Menschen mussten ihre Heimat verlassen und die Hälfte von ihnen flüchtete in Nachbarländer. Doch fast nirgendwo auf der Welt ist es für Hilfskräfte so schwierig und so gefährlich Hilfe zu leisten.

Gemeinsam mit dem Lutherischen Weltbund sichert die Diakonie Katastrophenhilfe die Lebensgrundlage von rund 60.000 Menschen. So werden in verschiedenen Gemeinden der Regionen Mambéré Kadéi und Sangha Mbaéré Wasserentnahmestellen repariert und die Trinkwasserversorgung der Menschen sichergestellt. In 30 Gemeinden werden insgesamt 150 Latrinen errichtet und die Gemeinden in deren Instandhaltung geschult. Zur Deckung ihrer Nahrungsmittelbedürfnisse erhalten zudem 7.500 besonders bedürftige Haushalte Wertgutscheine, mit denen sie zusätzliche Nahrungsmittel kaufen können. Damit neben der Grundversorgung auch Chancen auf Einkommensquellen entstehen, werden 600 Menschen in Landwirtschaft und nachhaltigen Anbautechniken geschult und mit neuen Produktionsgeräten wie Spaten oder Spitzhacken sowie mit Saatgut ausgestattet. Ein

zweites Projekt unterstützt Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik, die in den benachbarten Tschad geflohen sind. In mehreren Camps nahe der Grenze verteilen die Helfer Decken, Matten, Kochgeschirr und anderen Alltagsbedarf, die den Neuankömmlingen die ärgste Not überstehen helfen.

Eritrea - Die größte Katastrophe ist das Vergessen

Auch die Zahl der Flüchtlinge aus Eritrea steigt seit Jahren. Mehr als 5.000 Menschen fliehen inzwischen pro Monat aus dem Land im Nordosten Afrikas. Sie flüchten nicht vor Krieg und Hunger, sondern vor einer brutalen Diktatur, in der Menschenrechtsverletzungen, Zwangsarbeit, unbefristeter Militärdienst, willkürliche Inhaftierungen, eine tiefgreifende Perspektivlosigkeit und Verfolgung den Alltag prägen.

Für viele Flüchtende endet die Hoffnung auf Sicherheit und Freiheit jedoch bereits in den Grenzregionen Tigray und Afar im Nordosten des Nachbarlandes Äthiopien – Regionen, in denen das Überleben ohnehin extrem schwierig ist, weil dort Hitze und Dürre in unterschiedlichem Ausmaß vorherrschen. Die einheimische Bevölkerung lebt mehr schlecht als recht von der Viehhaltung und auch vom Ackerbau. Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge sind noch katastrophaler. Ohne Arbeitsmöglichkeiten und Besitz fehlt es ihnen an allem. An Lebensmitteln ebenso wie Gesundheitsversorgung oder Möglichkeiten zum Schulbesuch.

Zukunftsperspektiven schaffen

Wer flieht und nicht weiß, ob und wann er in seine Heimat zurückkehren kann, braucht für den Übergang und langfristig Perspektiven, um zu überleben. Gemeinsam mit einer Partnerorganisation hilft Brot für die Welt darum beispielsweise in Adjumani im Norden Ugandas über 100.000 Flüchtlingen aus dem Südsudan, die zum Teil in eigenen Siedlungen leben, zum Teil in Dörfern mit der einheimischen Bevölkerung. Das Projekt unterstützt die Flüchtlinge dabei, Ackerflächen zur Bewirtschaftung, Werkzeuge und Saatgut für den Getreide- und Gemüsean-

bau zu erhalten. Auf diesen können die Familien Getreide und Gemüse anbauen, um sich ausreichend und ausgewogen ernähren zu können. Denn mehr als ein Viertel aller Flüchtlingskinder leidet an Hunger und Mangelernährung.

Weil die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner in den Dörfern durch die südsudanesischen Flüchtlinge stark gestiegen ist, wurden in Adju-mani außerdem zehntausende neue Bäume für den erhöhten Brennholzbedarf angepflanzt und holzsparende Kochstellen eingerichtet. Flüchtlinge können Berufe erlernen, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Durch die Auseinandersetzungen in ihrer Heimat im Südsudan sind viele Kinder und Erwachsene Opfer oder Zeugen von Gewalt geworden und traumatisiert. Brot für die Welt und seine Partnerorganisation bieten ihnen psychosoziale Hilfe, um diese Gewalterfahrungen zu bewältigen. Das Projekt ist auch deswegen sehr erfolgreich, weil die lokale Bevölkerung mit großer Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft auf die Flüchtlinge zugeht. Viele Menschen aus Uganda waren im Bürgerkrieg zwischen 1986 und 2006 selbst vor Gewalt und Gräueltaten in die Nachbarländer geflohen.

In der Demokratischen Republik Kongo unterstützt Brot für die Welt ehemalige Kindersoldaten. Zehntausende Kinder, meist kaum im Teenageralter, wurden und werden im Osten der Republik von der Armee oder Rebellen-gruppen verschleppt und zum Kämpfen gezwungen. Gelingt ihnen die Flucht, sind sie

so traumatisiert, dass sie ohne Hilfe kaum in ein ziviles Leben zurückfinden können. Brot für die Welt fördert ein Bildungszentrum in der ostkongolesischen Provinzhauptstadt Bukavu, das die Gemeinschaft der Baptisten in Zentralafrika (CBCA) betreibt. Das Zentrum bietet den ehemaligen Kindersoldaten Ausbildung und Qualifizierung in 19 Berufsfeldern an, unter anderem im Gitarrenbau. Statt Waffen nehmen die Auszubildenden jetzt Werkzeug in die Hand und erarbeiten sich Zukunftschancen ohne Gewalt. Bildung ist ein zentraler Baustein der vielen Projekte für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die Brot für die Welt in Afrika unterstützt.

Zusammenarbeit von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe

Nachhaltige Hilfe setzt im Verständnis von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe immer auf mehreren Ebenen an: Humanitäre Hilfe hilft dort, wo Menschen in akuter Not sind oder Konflikte über Jahre andauern. Sie ist dabei mehr als Überlebenshilfe, sondern auch die Grundvoraussetzung zur weiteren Entwicklung. Entwicklungsprojekte, die Zukunftsperspektiven schaffen, gelingen wiederum nur, wenn auch die strukturellen Ursachen der Probleme verändert werden – zum Beispiel durch politische Lobbyarbeit beim Klimaschutz oder in der Friedenspolitik. Die unterschiedliche Arbeit von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe ist daher eng verzahnt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Flüchtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Flüchtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Roman Farkas (S. 1), Thomas Lohnes/Diakonie Katastrophenhilfe (S. 2) **Autoren** Ansgar Gilster, Angelika Söhne

Redaktion Maike Lukow, Yvonne Papendorf, Jane Tournée, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Juli 2017

Um des Glaubens Willen – verfolgt aufgrund der religiösen Überzeugung

Jesiden im Irak oder muslimische Rohingya in Myanmar sind nur zwei bekannte Beispiele für Minderheiten, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Von religiöser Verfolgung spricht man, wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung oder Ausübung ihres Glaubens diskriminiert werden.



Religiöse Verfolgung kann vom Staat ausgehen, beispielsweise wenn eine Staatsreligion vorgegeben ist, aber auch von nicht-staatlichen Akteuren.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schreibt fest: Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. Seit Jahrhunderten werden Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt. Sie werden

benachteiligt, vertrieben oder getötet und ihre Heiligen Stätten zerstört. Das betrifft Angehörige fast aller Religionen. Ausgehen kann diese Gewalt aus vorgeblich religiösen Gründen von Andersgläubigen genauso wie von atheistisch geprägten Akteuren.

Beispiel Nigeria

Nigeria ist mit über 170 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas und mit über 300 verschiedenen Sprachen geprägt von kultureller Vielfalt. Der Islam und das Christentum bilden die beiden größten Religionsgemeinschaften, wobei jeweils viele verschiedene Strömungen und Gruppen dazu zählen. Außerdem ist in einigen Landesteilen traditionelle Religion von Bedeutung.

Das Land wurde seit Beginn der 1980er Jahre und bis 1999 von Militärdiktatoren regiert und entwickelt sich seither als junge Demokratie. Das fand seinen bisherigen Höhepunkt im Frühjahr 2015, als es in den weitestgehend friedlich verlaufenden Wahlen zu einem Regimewechsel von der Regierungs- zur Oppositionspartei kam. Nigeria ist aufgrund seines Ölreichtums in den letzten Jahren zwar zur stärksten Wirtschaftsmacht Afrikas aufgestiegen, die Armut im ländlichen Raum und die ungleiche Verteilung des Wohlstands sind jedoch immer noch sehr ausgeprägt. Nach den wichtigsten Indikatoren zur Beschreibung des Entwick-



Junge Familie aus dem Nordosten Nigerias, die in einem Flüchtlingslager bei Abuja vorübergehend eine sichere Bleibe gefunden hat. Das Lager wird unter anderem vom Brot für die Welt-Partner ECWA unterstützt.

lungsstands rangiert das Land weltweit nach wie vor im unteren Drittel.

In 12 nördlichen der 36 Bundesstaaten Nigerias gilt die Scharia, das religiöse Gesetz des Islams. Urteile der Scharia-Gerichte werden oft in Prozessen geführt, die teils im Widerspruch mit der Verfassung des Landes stehen. Es kommt vor, dass den Angeklagten kein Rechtsbeistand gewährt wird oder Urteile aufgrund von Geständnissen gefällt werden, die unter Folter erpresst wurden. Frauen werden von der Scharia-Rechtsprechung besonders diskriminiert.

Terrorgruppen wie Boko Haram setzen sich für einen salafistisch geprägten Islam in ganz Nigeria und gegen die westliche Lebensweise, auch Bildung, ein. Dies führt immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Christen wie auch mit Muslimen. Die Ursachen der Konflikte sind in der Regel sozioökonomischer oder ethnischer Natur. Sie liegen in der

klimabedingten Verknappung von Wasser- und Landressourcen, die eine friedliche Koexistenz von Ackerbauern und Viehhirten immer schwieriger werden lassen. Hinzu kommen die Vernachlässigung der Region durch die Zentralregierung und die leichte Verfügbarkeit von Waffen. Die Gewalt entzündet sich häufig an der religiösen Zugehörigkeit von Bevölkerungsgruppen. Vor dem Hintergrund zunehmender Perspektivlosigkeit mobilisieren radikalisierte muslimische Gruppierungen unter Nutzung religiös-traditioneller Werte gegen alles, was westlich erscheint.

Seit dem Auftreten von Boko Haram ist eine Eskalation der Gewalt zu beobachten. Ziel-scheibe des Hasses sind christliche Gemeinden genauso wie friedfertige muslimische Gemeinschaften und Imame. Bei der Bekämpfung der Terrorgruppen nehmen das Militär und die öffentliche Verwaltung massive Menschenrechtsverletzungen in Kauf.

Was tut Brot für die Welt

Partnerkirchen von Brot für die Welt bemühen sich trotz extrem erschwelter Bedingungen, in Nigeria Beziehungen zu Muslimen aufrechtzuerhalten und Konflikte gewaltfrei zu lösen. So fördern sie den Dialog zwischen den Religionsgruppen, ermöglichen Begegnungen und gemeinsame Veranstaltungen und stärken die Kompetenzen der Menschen, um Konflikte auf friedliche Weise zu lösen.

Im Vorfeld der bereits erwähnten Präsidentschaftswahl von 2015 hatte der Christenrat von Nigeria (CCN) ein von Brot für die Welt gefördertes, breit angelegtes Programm der Bürgerrechtserziehung aufgelegt und seine Mitgliedskirchen aufgefordert, die Menschen zur Teilnahme an der Wahl zu mobilisieren, jedoch keine Position für oder gegen einen der beiden Kandidaten zu beziehen. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich selbst ein Bild machen. Die Wahl selbst wurde an vielen Orten durch über 2.000 Kirchenvertreter und -vertreterinnen, die den CCN-Mitgliedskirchen angehören, beobachtet. Im Anschluss der Wahlen haben die Kirchenführer auf den Verlierer und bis dahin amtierenden Präsidenten Goodluck Jonathan eingewirkt, das Wahlergebnis anzuerkennen, um Gewalt vorzubeugen.

In Nigeria fördert Brot für die Welt derzeit 16 lokale kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen (für die Durchführung entwicklungsrelevanter Maßnahmen). Es handelt sich dabei vor allem um Kirchen, die über ihre Entwicklungsabteilungen integrierte Projekte im ländlichen Raum durchführen, sowie um kirchennahe Netzwerke, die landesweit agieren. Im Süden werden mehrheitlich Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung, verbesserten Regierungsführung sowie Berufsbildungs- und Kleingewerbeförderung tätig sind.

Die nigerianische Regierung in der Pflicht

Häufig sind wirtschaftliche und machtpolitische Interessen die Ursache von Konflikten, die durch

religiöse und ethnische Komponenten befördert werden. Daher sind eine genaue Konfliktanalyse und deren Integration in die Friedensarbeit bei vermeintlich religiösen Konflikten sehr wichtig. Für die Partner von Brot für die Welt sind der Dialog mit staatlichen Strukturen und das Einfordern von Demokratie und guter Regierungsführung wichtig. Sie setzen sich für den Schutz und Garantie von Bürgerrechten ebenso ein wie für eine Politik, die auf eine gerechte, nachhaltige Entwicklung abzielt. Sie fordern von ihrer Regierung den Schutz von religiösen Minderheiten und eine bessere Unterstützung und Schutz der vielen Vertriebenen, die vor dem Terror Boko Harams aus dem Nordosten Nigerias in andere Landesteile geflohen sind.

Derzeit haben 200.000 Flüchtlinge das Land verlassen. 1,8 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, was für Nigeria eine große logistische und finanzielle Herausforderung ist. Brot für die Welt appelliert an die Bundesregierung, dieses sowohl wirtschaftlich wie auch politisch wichtige Land in Westafrika bei der Entwicklung weiterhin zu unterstützen. Nigeria befindet sich derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise, da seit 2016 der Ölpreis gefallen ist. Die Regierung muss Programme auflegen, um die Armut zu bekämpfen und die ländlichen Gebiete zu fördern. Sie muss Verantwortung übernehmen, um den Menschen vor Ort eine nachhaltige und selbstbestimmte Lebensperspektive zu eröffnen.

Fluchtursachen bekämpfen

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus

können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels-, Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jörg Böthling (S. 1), Jan Papendieck (S. 2) **Autoren** Jan Papendieck, Sieglinde Weinbrenner **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Juli 2017

Europa in der Aufnahmekrise: Nicht Grenzen, sondern Menschen schützen



Seit der Abriegelung der Balkanroute und dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals ist Griechenland zur Endstation und zur Falle für viele Schutzsuchende geworden. Statt Schutz und Hilfe zu erhalten, stranden sie im Elend ohne Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Würde.

Immer mehr Menschen fliehen vor unterschiedlichen Gefahren aus ihrer Heimat, dazu zählen die Schrecken der anhaltenden kriegesischen Gewalt in Syrien und Irak, aber auch im Südsudan oder Afghanistan. Schutz und Versorgung der Flüchtlinge sind in den Kriegsgebieten teilweise gar nicht möglich, politische Lösungen sind kaum in Sicht. Die Aufnahmeländer in der Nachbarschaft haben nicht mehr die Ressourcen, die Flüchtlinge in der Nähe zu halten. Die UN-Hilfswerke erhalten keine ausreichende Finanzierung, um die Flüchtlinge in den Nachbarländern angemessen zu versorgen.

Europa, das zwar durchaus auch Flüchtlinge aufgenommen, vor allem aber auf Abwehr gesetzt und die Lage der Flüchtlinge in der Region zu lange ignoriert hatte, wurde in der zweiten Jahreshälfte 2015 unvorbereitet von dieser Entwicklung getroffen – Resultat ist eine anhaltende Aufnahmekrise. Die Organisation von Flüchtlingsschutz auf euro-

päischer Ebene stellt eine große Herausforderung dar, die jedoch nicht dazu führen darf, dass die Genfer Flüchtlingskonvention und das Recht auf Asyl, das jedem Menschen zusteht, untergraben werden. So formulierte das Bundesverfassungsgericht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Langfristig muss die europäische Flüchtlingspolitik so gestaltet werden, dass ein System entsteht, in dem die Mitgliedstaaten der EU je nach Leistungsfähigkeit Verantwortung übernehmen. Ziel muss sein, dass alle EU-Mitgliedstaaten die europäischen Asylrechtsstandards anwenden, zu denen sie sich verpflichtet haben. EU-Länder, die derzeit noch nicht in der Lage sind, die Asylrechtsstandards umzusetzen, brauchen Unterstützung.

Folgende Maßnahmen sollte die europäische Staatengemeinschaft ergreifen, um in der gegen-

wärtigen Aufnahme Krise eine menschenrechtlich adäquate Lösung und souveränes politisches Handeln zu ermöglichen:

1. Legale Einreisemöglichkeiten und Resettlement stärken

Europas Grenzschutzpolitik nimmt fortgesetzt in Kauf, dass jährlich tausende Menschen an den EU-Außengrenzen sterben. Im Jahr 2016 ertranken mehr als 5000 Menschen im Mittelmeer. Sie waren auf der Flucht vor Krieg, Terror und Not und sahen ihre einzige Chance auf Zukunft in der lebensgefährlichen Überfahrt. Damit ist die europäische Außengrenze die tödlichste Grenze der Welt. Das ist ethisch und politisch nicht zu akzeptieren.

Nur die Einrichtung legaler Fluchtwege, zum Beispiel durch humanitäre Visa zur Asylbeantragung, Resettlement- oder humanitäre Aufnahmeprogramme können dieses Sterben beenden. Hermetische Abriegelungen der See-, Luft- und Landgrenzen sind nicht möglich. Die restriktive EU-Visapolitik treibt deshalb schutzsuchende Menschen alternativlos in die Hände von Schleusern. Jeder Zaun und jede sonstige Migrationskontrolle in und um Europa treibt lediglich die Preise der Fluchthelfer in die Höhe. Solange die Regierungen der Europäischen Union keine legalen Fluchtmöglichkeiten schaffen, werden die Bilder und Berichte über das Massengrab Mittelmeer nicht enden. Mindestens für die Fliehenden aus akuten Kriegsgebieten wie Syrien und Irak müssen Möglichkeiten für eine sofortige, visumfreie EU-Einreise, verbunden mit der Möglichkeit, Asyl zu beantragen, geschaffen werden.

Neuansiedlungs-(Resettlement-)Programme könnten weit über das bestehende Maß hinaus ausgebaut und zu einem verpflichtenden Bestandteil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems werden. An der geringen Aufnahmebereitschaft vieler EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten, ist angesichts der humanitären Notlage der Flüchtlinge eine vordringliche Aufgabe der EU.

2. Statt Smart Borders die zivile Seenotrettung stärken

Die Europäische Union braucht dringend ein funktionierendes Seenotrettungssystem. Alle Mög-

lichkeiten müssen genutzt werden, um Menschenleben zu retten. Die Grenzschutzbehörde Frontex und das hunderte Millionen Euro schwere Überwachungssystem Eurosur haben das Mandat, Grenzen zu sichern, nicht aber Menschen zu retten. Militärische Missionen gegen Schlepperbanden auf See oder an Land gefährden Flüchtlinge zusätzlich und treiben die Preise der Fluchtwege noch weiter in die Höhe. Flüchtlinge und Migrantinnen sind dramatischen, menschenrechtswidrigen und oft tödlichen Bedingungen in Libyen ausgesetzt. Auch Übergriffe der libyschen Küstenwache gegen Seenotretter und Flüchtlinge sind dokumentiert. Dennoch rüsten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten militärisch auf, um Schutzsuchende dorthin zurück zu drängen. Die Seenotrettung wird immer massiver unter Druck gesetzt und kriminalisiert, so dass sie die Rettungseinsätze unter immer widrigeren Bedingungen riskieren. Solange es an legalen Fluchtmöglichkeiten fehlt, braucht es eine umfassende zivile Seenotrettung.

3. Statt „Hotspots“: Registrierungs- und Beratungsmöglichkeiten in Europa

Flüchtlingsaufnahmelager an der europäischen Außengrenze, sogenannte Hotspots, von denen es derzeit fünf in Italien und sechs in Griechenland gibt, sollten eigentlich dazu dienen, die Ankommenden zeitnah zu identifizieren, zu registrieren, ihre Fingerabdrücke abzunehmen und gegebenenfalls an der Weiterreise zu hindern. Das Hotspot-Konzept sollte dazu beitragen, die temporären Umverteilungsmechanismen umzusetzen, die die EU-Kommission vorgeschlagen hatte: 160.000 Menschen sollten nach dem kontroversen Ratsbeschluss im September 2015 aus Griechenland und Italien in andere EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden, wo ihr Asylantrag bearbeitet wird. Doch kaum ein EU-Staat hat die Umverteilungsquoten ganz oder überwiegend erfüllt. Auch Deutschland hat nur gut 8.000 Menschen aus Italien und Griechenland aufgenommen, obwohl die Verpflichtung 27.000 Menschen umfasst hat. Hotspots wirken wie Haftlager, in denen Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen unbestimmte Zeit ausharren müssen. In Griechenland sind die Hotspots

unhygienisch, stark überfüllt und bieten Frauen, Kindern und anderen besonders verletzlichen Gruppen keinen ausreichenden Schutz.

Für die Unterbringung von Schutzsuchenden müssen die humanitären Standards eingehalten und ein Mindestmaß an Schutz und Transparenz für die Betroffenen gewährleistet werden. Die notwendigen personellen Kapazitäten, um die asylrechtlichen und humanitären Standards effektiv zu garantieren, müssen zeitnah massiv aufgestockt werden. Flüchtlinge müssen realistische Informationen über die Zielländer und eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung für die EU für die legale Weiterreise erhalten.

Es braucht dringend Regelungen über zügige und praktikable Verfahren für humanitäre Härtefälle und Familienzusammenführungen nach der Dublin III-Verordnung. Verfahren, die sich über Jahre hinziehen, sind nicht hinnehmbar. Pragmatische und großzügige Kontingentlösungen, beispielsweise aus Griechenland, unter Priorisierung von Familienbindungen und besonderer Schutzbedürftigkeit sind sinnvoll.

4. Auslagerung von Schutzverantwortung beenden

Durch Migrationsabkommen wie dem im März 2016 in Kraft getretenen Deal zwischen der Europäischen Union und der Türkei versucht die EU, sich ihrer Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen zu entziehen. Sie schottet sich ab und überlässt es gegen das Versprechen großzügiger Finanzhilfen Drittstaaten, Schutzsuchende aufzunehmen – ob der rechtliche und faktische Schutz für die Menschen dort gewährleistet und ihre Interessen gewahrt werden, spielt eine nachrangige Rolle und wird nicht nachverfolgt. Das individuelle Recht auf Asyl und der Grundkonsens für Flüchtlingsschutz in der EU insgesamt wird ausgehöhlt, wenn Staaten pauschal als sichere Drittstaaten deklariert werden und wenn zudem Schutzsuchenden qua Herkunftsland die Schutzberechtigung abgesprochen wird. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei beispielsweise bezieht sich nur auf die Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Menschen aus Afghanistan, Irak oder Iran erhalten keine Chance, von der

Türkei aus in die EU umgesiedelt zu werden. Daher bestehen große Zweifel an der Vereinbarkeit des Abkommens mit der internationalen Schutzverantwortung beziehungsweise dem Völkerrecht.

Das Abkommen dient als Blaupause: Pakte mit weiteren Staaten wie dem Failed State Libyen, Niger, Eritrea, Mali oder sogar Sudan werden von der EU vorangetrieben.

Die zunehmende Verlagerung von Grenzschutz und Flüchtlingsabwehr in EU-Anrainerstaaten hat fatale Folgen: In den Transitländern, zum Beispiel in den Staaten Nordafrikas, fehlt es an rechtsstaatlichen Mindeststandards. Vor Misshandlungen und Willkür durch die dortigen Polizei- und Sicherheitsbehörden sind Schutzsuchende bereits jetzt nicht sicher. Die EU kann ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht gegen umstrittene Finanzhilfen und Einreiseerleichterungen an Staaten ohne Rechtsstaatlichkeit und ohne ausreichende Ressourcen zum vertragskonformen Umgang mit Flüchtlingen delegieren. Für den ausgelagerten Grenzschutz als Druckmittel oder als Belohnung eingesetzte Entwicklungshilfe verfehlt deren Aufgabe und verzerrt ihre Prioritäten.

5. Erstaufnahmestaaten unterstützen

Die Nachbarstaaten Syriens Türkei, Libanon und Jordanien nehmen seit Jahren Millionen Flüchtlinge auf – noch mehr können sie nicht aufnehmen. Und die dort schon angesiedelten Flüchtlinge, die vermutlich noch Jahre bleiben werden, benötigen neben der weiterhin erforderlichen Unterstützung zum Lebensunterhalt auch längerfristige Unterstützung bei der Integration in das wirtschaftliche Leben und die sozialen Dienste. Diese Unterstützung muss auch die Menschen der Aufnahmegesellschaften miteinbeziehen. Die internationale Gebergemeinschaft unterstützt die Erstaufnahmeländer aber nicht ausreichend dabei.

6. Durchreisestaaten unterstützen

Die meisten Flüchtlinge können und wollen nicht in den südeuropäischen, nord- und ostafrikanischen Staaten oder den Balkanländern Aufnahme finden. Sie müssen sie aber passieren und benötigen dabei den ihnen nach internationalen Stan-

dards und Völkerrecht zustehenden Schutz und Unterstützung. Dazu sind einige Länder nicht bereit, andere wirtschaftlich nicht in der Lage. Sie müssen solidarisch besonders von den EU-Ländern finanziell unterstützt werden, die selbst nicht von dieser Herausforderung betroffen sind. Diese Hilfe soll (nur) den Ländern zuteil werden, die die humanitären Standards wahren und Würde und Rechte der Flüchtlinge achten.

7. Auch die Interessen der Flüchtlinge bei der Wahl des EU-Ziellandes beachten

Das gegenwärtige Dublin-System ist gescheitert und de facto außer Kraft gesetzt. Es sieht vor, dass das Erstaufnahmeland in der EU für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Anders formuliert: Der EU-Staat, der die illegale Einreise von Asylsuchenden über die Außengrenze nicht verhindert hat, muss die Flüchtlinge registrieren und ist für sie verantwortlich. Dies wird jedoch de facto weder von den EU-Staaten an der Außengrenze, insbesondere Griechenland und Italien, noch von den Flüchtlingen akzeptiert. Jedes Verteilungskonzept, das die Interessen der Flüchtlinge, in einem bestimmten EU-Land Asyl zu beantragen, gänzlich außer Acht lässt, läuft in einem Raum freier Binnengrenzen Gefahr zu scheitern. Zur Wahl des Asylslands ist jeder Schutzsuchende zu beraten und zu befragen, damit zum Beispiel familiäre Bindungen, kulturelle Nähe und Sprachkenntnisse im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt werden können. Das Relocationprogramm der EU, 160.000 Flüchtlinge nach ihrer

Ankunft auf Mitgliedstaaten nach einer gerechten Quote zu verteilen, war ein sehr guter erster Schritt zur gerechten Verteilung der Verantwortung innerhalb der EU, könnte aber irreguläre Binnenwanderung zur Folge haben, wenn die Interessen der Asylsuchenden gar nicht mit berücksichtigt werden. Das Programm ist zudem noch nicht umgesetzt: Nach zwei Jahren ist die Bilanz mehr als ernüchternd. Die EU-Mitgliedsstaaten haben nur 26,3 Prozent der vorgeschriebenen Ziele des Relocation-Programms erfüllt. Polen, Ungarn und Tschechien verweigern eine Beteiligung ganz, doch abgesehen von Malta, Irland und Finnland, haben alle EU-Mitgliedstaaten weniger Menschen aufgenommen als vereinbart.

8. Flucht- und Konfliktursachen entgegenwirken

Viele Flucht- und Konfliktursachen sind unter anderem auch die Folge politischer Entscheidungen in Deutschland und der Europäischen Union. Unsere unfaire und rücksichtslose Rohstoff-, Rüstungs-, Klima- und Handelspolitik geht nicht selten auf die Kosten von Menschen und Umwelt anderswo. „Fluchtursachen bekämpfen“ bedeutet daher auch die notwendige Neuausrichtung deutscher und europäischer Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik und zum Beispiel einen Vorrang der Friedenspolitik und der Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung sowie eine wesentlich aktivere Menschenrechtspolitik. Nur so werden langfristig Unrecht und Gewalt auch als Fluchtursache abnehmen.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Foto Thomas Lohnes **Autoren** Ansgar Gilster, Katharina Stamm, Sophia Wirsching **Redaktion** Maike Lukow

V.i.S.d.P. Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, September 2017

Was können Kirchengemeinden für Flüchtlinge tun?

Überall in Deutschland engagieren sich derzeit in großer Zahl Menschen für Flüchtlinge. Kirche und Diakonie sind dabei mit langjährig bestehenden Strukturen in der Flüchtlingsarbeit an vorderster Stelle aktiv.



Asylverfahrensberatung des Ev. luth. Dekanats Gießen

Etwa 5.000 Menschen sind als hauptamtliche Mitarbeitende in Diakonie und Kirche in der Flüchtlingshilfe tätig, auch die Zahl der freiwillig engagierten Menschen ist nach wie vor erfreulich hoch. Denn gerade wenn eine erste Unterkunft gefunden ist, werden viele Menschen gebraucht, die langfristig beim Ankommen und bei der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe unterstützen. Auch Mitarbeitende in vielen anderen Einrichtungen und Diensten der Diakonie empfangen derzeit Flüchtlinge – zum Beispiel in KITAS, Jugendhilfe- und Familienberatungsstellen. Besonders bemerkenswert: Bundesweit arbeiten etwa 80.000 freiwillig Engagierte in Initiativen und Strukturen von Kirche und Diakonie in der Asylarbeit mit, nicht selten auch eigentlich kirchenferne Menschen.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich persönlich oder in einer Kirchengemeinde zu engagieren. Hilfsangebot und Bedarf der Flüchtlinge müssen allerdings zueinander passen. Vor Ort koordinieren unterschiedliche Akteure das Engagement und wissen, was tatsächlich benötigt wird: Willkommensinitiativen, Migrationsfachdienste der Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen, Kirchengemeinden oder Sozialdienste der Stadt oder Gemeinde. Im Kontakt mit den Asylsuchenden gilt als oberstes Gebot: Mein Gegenüber sagt mir, welche Hilfe er oder sie benötigt. Entscheidend ist nicht, was man selbst als Hilfe für angebracht hält.

Persönliche Unterstützung – was kann ich für Flüchtlinge tun?

Informationen und Tipps, wie Sie als Gemeinde oder Einzelperson für Flüchtlinge aktiv werden können und was bei freiwilligem Engagement beachtet werden sollte, finden Sie auf der Website der Diakonie Deutschland: www.diakonie.de/wissen-kompakt/wie-ich-mich-fuer-fluechtlinge-engagieren-kann/

Weitere Tipps:

- Eine Praxishilfe für die Gemeinden der Diakonie Pfalz: www.diakonie-pfalz.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/flyer/pdf/praxishilfe_kirchengemeinden_pfalz.pdf
- Eine Praxishilfe für Kirchengemeinden der Diakonie Hessen und der evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck und Hessen und Nassau:

www.diakonie-hessen.de/aktuell/nachrichten/details/article/eine-praxishilfe-zum-thema-fluechtlinge.html

- Eine Praxishilfe für Kirchengemeinden der Landeskirche Württemberg: www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/Mg_Handreichung_Fl%C3%BCchtlinge.pdf
- Auf dem Themenportal Flüchtlinge der EKD finden Sie außerdem aktuelle Standpunkte der Kirche und die Nummer des Info-Service-Teams für Engagierte, die Flüchtlingen in Deutschland helfen wollen: www.ekd.de/Flucht-und-Integration-10884.htm
- Ebenso bietet die Spezialausgabe des Chrismon-Magazins für Flüchtlinge auf Deutsch, Arabisch und Farsi einen Überblick über das Ankommen in Deutschland, gibt Aufschluss über die protestantischen Werte, christliche Feiertage und vieles mehr: www.chrismon-guter-start.de/willkommen

Wohnraum anbieten

Wenn Flüchtlinge in Deutschland ankommen, müssen sie zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen und anschließend meist in beengten Gemeinschaftsunterkünften leben. Dort werden zum Teil immer noch elementare Standards nicht eingehalten wie zum Beispiel abschließbare Waschräume. Flüchtlinge sollten schnell eigenen Wohnraum beziehen können, damit sie Privatsphäre haben. Eine dezentrale Unterbringung ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für Integration. Wer Menschen auf der Flucht eine freie Wohnung, ein Zimmer, ein Haus oder sonstige Immobilien anbieten möchte, sollte sich an die Einrichtungsträger, das Sozialamt oder die Beratungsstellen wenden.

Immer wichtiger wird die Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen bei der Wohnungssuche, wie sie beispielsweise das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk in Berlin anbietet: www.ejf.de/einrichtungen/migrations-und-fluechtlingsarbeit/wohnungen-fuer-fluechtlinge.html

Es haben sich auch bundesweit viele Initiativen hierzu gebildet, zum Beispiel Platz Da in Bayern: <http://platz-da-bayern.de>

Persönliche Begegnung

Persönliche Kontakte bereichern und stärken die Verbundenheit und sind elementar für das Ankommen in Deutschland und die Motivation, sich hier eine Zukunft aufzubauen. Laden Sie Flüchtlinge aus Unterkünften in der Nähe Ihrer Gemeinde ein – zu Gottesdiensten, Gesprächskreisen, Festen oder Konzerten. Lernen Sie einander kennen, lassen Sie sich erzählen, kochen Sie gemeinsam.

Befindet sich eine syrisch-orthodoxe, armenische, koptische oder chaldäische Gemeinde in Ihrer Nachbarschaft? Diese Gemeinden nehmen gerade viele Glaubensbrüder und -schwestern aus den Kriegsgebieten in Syrien und Irak auf und benötigen Räume, Unterstützung und Vernetzung für ihre Flüchtlingsarbeit.

- In der syrisch-orthodoxen Kirche ist ein Flüchtlingsrat aktiv: www.syrisch-orthodox.org/index.php/archiv/512-fluechtlingskonferenz-im-kloster-st-jakob-von-sarug
- Gottesdienstfaltblätter auf Arabisch, Aramäisch, Armenisch und Tigrinisch finden Sie hier: www.elk-wue.de/helfen/fluechtlinge-und-migranten/

Migrationsfachdienste der Diakonie

Die Migrationsarbeit der Diakonie ist vielfältig: Insgesamt fast 1.000 Einrichtungen der Diakonie in Deutschland setzen sich mit Beratung und Betreuung für Migrantinnen und Migranten ein. Die Broschüre „Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft – Migrationsfachdienste mit Adressenverzeichnis“ stellt die Beratungsangebote der Diakonie vor: www.diakonie.de/wissen-kompakt/migrationsfachdienste/

Gottesdienstbausteine

Auf einer Themenseite „Gottesdienst und Migration“ bietet die EKD Bilder und Andachten und viele weiterführende Links an:

www.ekd.de/Materialien-Gottesdienst-und-Migration-14713.htm

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg bietet Kirchengemeinden Faltblätter mit liturgischen Texten in den verschiedenen Sprachen des Nahen Ostens an, die für gemeinsame Gottesdienste mit Flüchtlingen hilfreich sein können: www.elk-wue.de/helfen/fluechtlinge-und-migranten

Fürbitten zum Thema Flucht und Migration finden Sie hier: www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/fuerbitten/

Umfangreiches Material für die Gestaltung von Gottesdiensten zum Thema wird hier angeboten: www.interkulturellewoche.de. Auf dieser Website finden Sie unter anderem auch eine Arbeitshilfe zum Gedenken an die Toten an den Grenzen der EU.

Umgang mit Taufbegehren Asylsuchender

In den letzten Jahren haben sich Asylsuchende – allein oder als Familie – vermehrt dem christlichen Glauben zugewandt und fragen in Kirchengemeinden an, ob sie getauft werden könnten.

Eine Handreichung des Kirchenamts der EKD und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen richtet sich an alle Pfarrerinnen und Pfarrer, Gemeindeleitenden und Kirchengemeinden, die Taufanfragen von Menschen im Asylverfahren erhalten. Sie soll sowohl auf die Chancen und Möglichkeiten als auch auf die Verantwortung und Konsequenzen hinweisen, wenn Asylsuchende zum christlichen Glauben konvertieren und die Taufe empfangen wollen: www.ekd.de/download/taufbegehren_von_asylsuchenden_2013.pdf

Filme

- **Willkommen auf Deutsch** (D 2014, 93 Min.)
Viel beachteter Dokumentarfilm über Flüchtlingsaufnahme in ländlichen Gebieten. Die Idee: Die Filmemacher kümmern sich um den Kontakt zu den örtlichen Kinobetreibern und vereinbaren einen Termin, die (Kirchen-)

Gemeinde organisiert mit Ihrer örtlichen Initiative einen Themenabend oder eine Podiumsdiskussion. Diese Veranstaltung findet dann im Anschluss an die Filmvorführung im Kino statt: www.willkommen-auf-deutsch.de

- **Die Piroge/La Pirogue** (SEN/FR 2014, 83 Min.)
Preisgekrönter Spielfilm aus dem Senegal, der die Geschichte der Reise über das Mittelmeer erzählt. Ziel der 30 Männer, die sich auf der Piroge zusammengefunden haben, sind die Kanarischen Inseln. Von dort aus hoffen sie, ihre Träume als Musiker oder Fußballer, oder nach materiellem Wohlstand verwirklichen zu können. Sie können den Film über das Evangelische Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEf) beziehen: www.ezef.de
- **Fremd ist der Fremde nur in der Fremde**
DVD mit acht Filmen zum Thema Migration. Die DVD enthält umfangreiches Bonusmaterial zu den einzelnen Filmen und bietet Hintergrundinformationen und Arbeitshilfen für die Bildungsarbeit: www.ezef.de

Materialien für den (kirchlichen) Unterricht

Will leben - Willkommen

Stationen zu Flucht und Migration

Spielend lernen, warum Menschen ihr Land verlassen mit den interaktiven Stationen von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe. „Will leben - Willkommen“ steht in zwei Ausführungen zur Verfügung: in der großen Ausführung als strapazierfähige Ausstellung für größere Veranstaltungen. In der kleinen Variante als leicht zu transportierende Lernstationen, zum Beispiel für Schulklassen oder Gemeindegruppen. Die kleine Ausführung steht an 22 Stellen in Deutschland zur Ausleihe bereit. Die große Ausführung kann über Brot für die Welt entliehen werden.

Infos zur Ausleihe erteilt gerne:
Juliane Engel
Telefon 030 65211 1202
juliane.engel@brot-fuer-die-welt.de

Weltweit hilfsbereit Bildungspaket Sek I

Für die Gestaltung des Unterrichts bietet die Diakonie Katastrophenhilfe ein Bildungspaket an: 19 Module sind je nach Unterrichtszeit kombinierbar und machen die Herausforderungen der humanitären Hilfe, darunter auch das Thema Flucht, anschaulich und erfahrbar. Die beiden Sets mit echten Gegenständen aus der Soforthilfe zeigen eindrucklich, was Betroffene in einer Notsituation wirklich benötigen.
<https://shop.diakonie-katastrophenhilfe.de/Bildung/Bildungspaket>

Global lernen - Flüchtlinge Unterrichtsmaterial Sek II

Das Heft Global Lernen 1/2015 zum Thema Flüchtlinge bietet didaktisch aufbereitete Materialien und weiterführende Hinweise:
www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/schulen/global-lernen

Asyl ist ein Menschenrecht Plakatausstellung

Informationen zum Thema Flucht, Flüchtlinge und Asyl bieten die Ausstellung und zugehörige Broschüre von Pro Asyl, die von Brot für die Welt gefördert wurden (26 Plakate, DIN A1, akt.

Fassung September 2016): www.proasyl.de/material/asyl-ist-menschenrecht-2-auflage
Eine Gottesdienstanregung zur Ausstellung:
www.interkulturellewoche.de/hefteintrag/2015/anregungen-fuer-gottesdienste/gottesdienst-zur-wander-ausstellung-von-pro-asyl-asyl

Hintergrundinformationen für Gesprächskreise

Übersichtliche Kurzinfos zu Standpunkten und zur Arbeit von Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe und Diakonie Deutschland mit vielen weiterführenden Hinweisen: www.brot-fuer-die-welt.de/flucht

Basar, Sponsorenlauf oder Benefizkonzert: Tipps und Anregungen für kreative Projekte zur Unterstützung der weltweiten Flüchtlingsarbeit: www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/ehrenamt-und-mitmachen

Sie haben Fragen oder benötigen Anregungen für Aktionen? In allen Regionen Deutschlands gibt es Diakonie Landesverbände und Brot für die Welt-Beauftragte, die Sie gerne unterstützen: www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/kontakt-fuer-gemeinden, www.diakonie.de/landesverbaende.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Andreas Fechner (S. 1), Andreas Unger (S. 2) **Autorin** Katharina Stamm, Regina Seitz **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Anne Dreyer, Thomas Schiller
Berlin, Oktober 2017

Zahlen und Fakten

Mehr als 65 Millionen Menschen weltweit befinden sich derzeit auf der Flucht. Das sind so viele wie noch nie. Laut Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR mussten letztes Jahr aufgrund von Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen im Durchschnitt jede Minute 20 Menschen ihr Zuhause verlassen. Sie riskieren auf der Flucht ihr Leben.

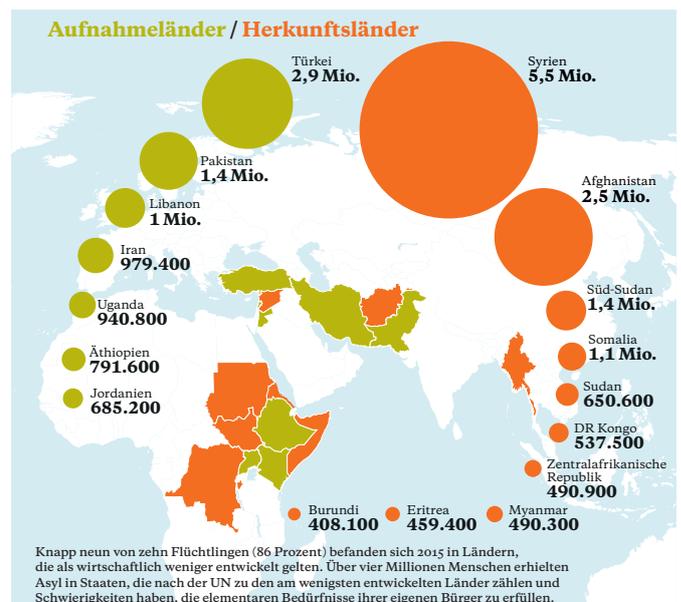


Syrische Flüchtlinge in Chios, Griechenland. Chios liegt nur 7 Kilometer von der Türkischen Küste entfernt. Ende 2016 leben über 11.000 Flüchtlinge auf den griechischen Inseln der Ostägäis in Lagern unter unhaltbaren Zuständen. Der griechische Staat ist nicht in der Lage, die Masse an Asylverfahren zu bewältigen.

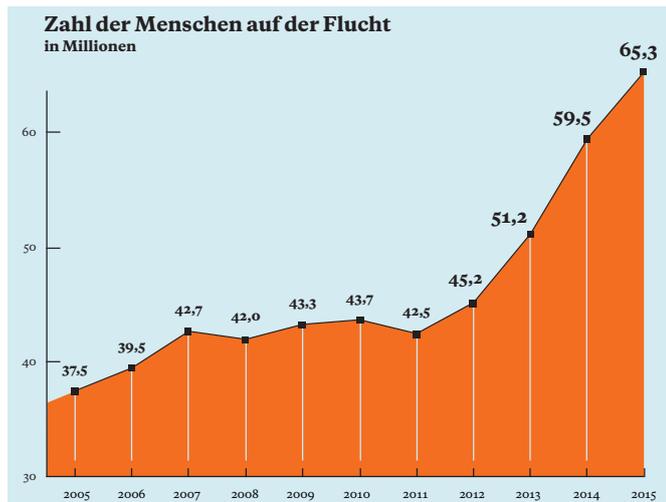
Zuflucht bei den Ärmsten

Neun von zehn Flüchtlingen suchen Zuflucht in Entwicklungsländern. Dort leben sie oft unter schwierigsten Bedingungen in Bauruinen, Garagen, Erdlöchern, unter Bäumen und am Strand. Nur vergleichsweise wenige von ihnen kommen in Flüchtlingslagern unter. Einige werden von Gastfamilien aufgenommen - die oft selbst kaum genug zum Überleben haben. 4,9 Millionen Flüchtlinge fanden Zuflucht in Kamerun, Tschad, DR Kongo, Äthiopien, Kenia, Sudan und Uganda. Sie zählen zu den ärmsten Ländern der Welt, die am wenigsten Ressourcen für die Versorgung der Menschen haben.

Auf der Suche nach Schutz nehmen viele Flüchtlinge große Gefahren auf sich. Sie durch-



Quelle: UNHCR 2017



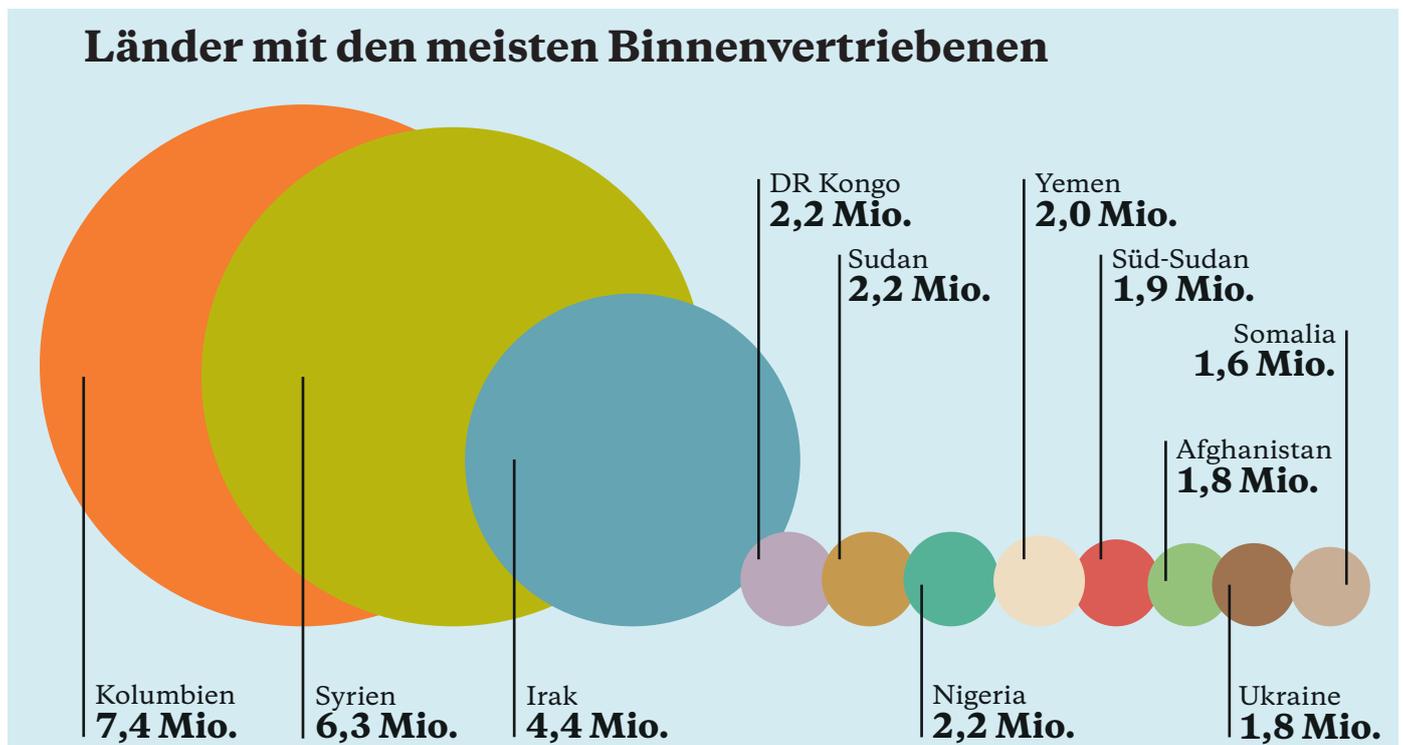
Quelle: UNHCR 2016

queren Staaten, in denen ihnen keinerlei Rechte eingeräumt werden. Sie ziehen durch gefährliche Wüsten wie die Sahara oder den Sinai. Häufig sind sie bei ihrer Flucht auf Helfer oder Schlepper angewiesen. Viele werden Opfer Krimineller, die ihre Situation ausnutzen, sie betrügen und erpressen. Die meisten Flüchtlinge haben keine legale Chance, in Sicherheit zu kommen, weil umfangreiche militärische und politische

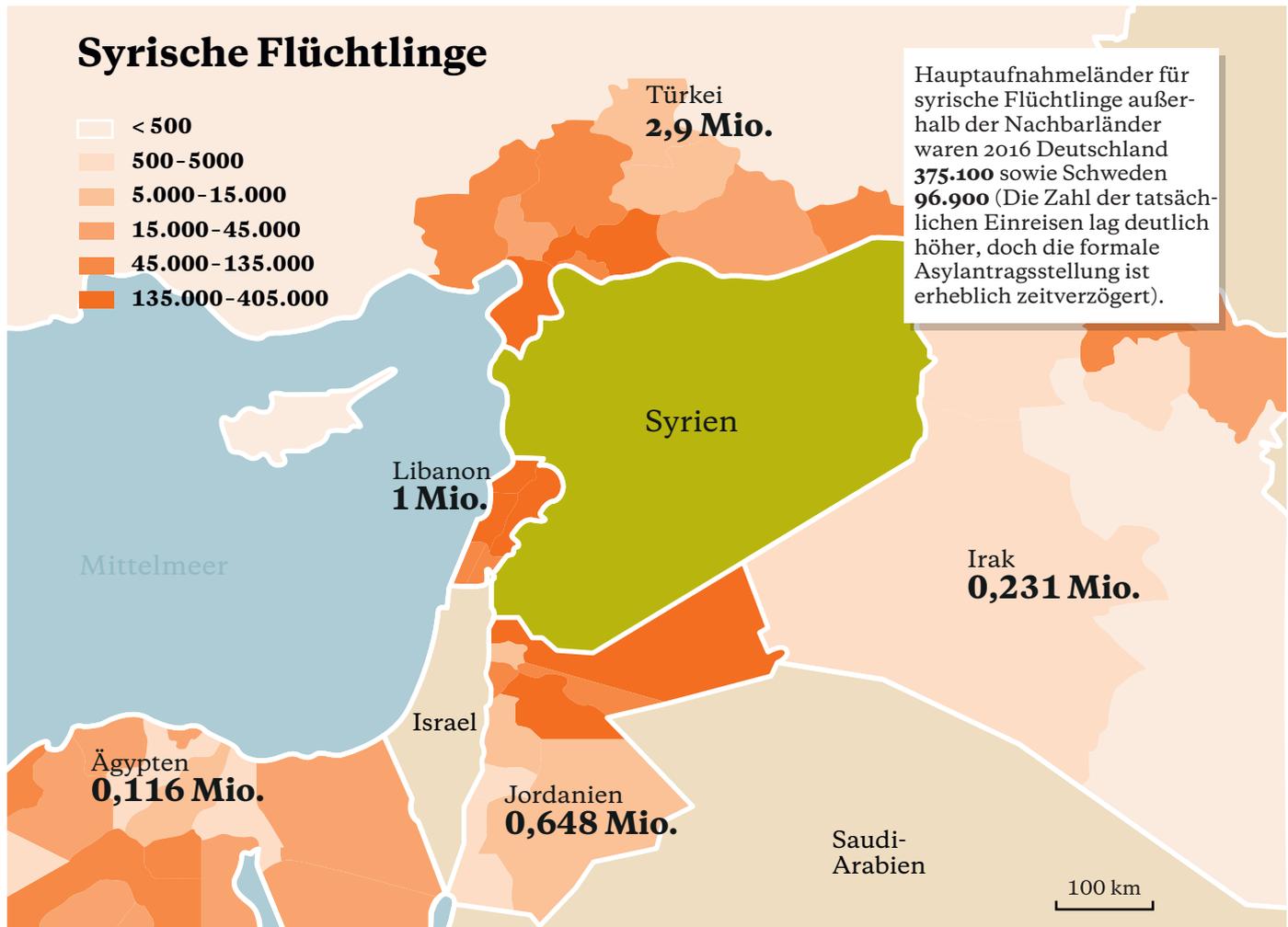
Abwehrmaßnahmen die Schutzsuchenden daran hindern, Asyl beantragen zu können. Seit 2000 sind mehr als 38.000 Schutzsuchende entlang der europäischen Grenzen gestorben. Sichere Fluchtwege und Zufluchtsorte müssen darum jetzt geschaffen werden.

Die Mehrheit sind Binnenvertriebene

22,5 Millionen Menschen haben 2016 ihr Hab und Gut zurückgelassen, um in andere Länder zu fliehen. Dazu kommen 2,8 Millionen Asylsuchende, die noch auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Aber die Mehrzahl der Geflüchteten sucht Schutz in anderen Regionen innerhalb ihres Heimatlandes. 40,3 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene. Sie leben besonders unsicher, es fehlt ihnen an Nahrung, medizinischer Versorgung und Unterkünften. Außerdem können sie keinen Schutz durch internationale Abkommen in Anspruch nehmen. Stattdessen haben sie oft gar keinen rechtlichen oder physischen Schutz, da der Staat, der ihnen diesen gewährleisten müsste, ihnen diesen nicht mehr garantieren kann oder will.



Quelle: UNHCR 2017



Flüchtlinge aus Syrien

Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge weltweit (55 Prozent) kommt aus nur drei Ländern: Syrien 5,5 Millionen, Afghanistan 2,5 Millionen und Süd-Sudan 1,4 Millionen Menschen.

Bevor der Bürgerkrieg in Syrien 2011 ausbrach, lebten dort mehr als 23 Millionen Menschen. Die UN schätzt, dass 13,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, darunter 5,8 Millionen Kinder. Sie benötigen vor allem Grundnahrungsmittel, Kleidung, Mietunterstützung, Hygieneprodukte sowie Medikamente. 6,3 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. Viele von ihnen können das Land wegen geschlossener Grenzen nicht mehr verlassen. Sie kommen beispielsweise in Schulen unter. Auch viele syrische Gemeinden

nehmen trotz der eigenen schwierigen wirtschaftlichen Lage ihre Landsleute auf und teilen ihr Haus, Essen und Plätze zum Schlafen. Doch die Lage verschlechtert sich ständig: Durch den starken Wertverlust der syrischen Währung sowie die beschränkten Arbeitsmöglichkeiten vor allem für junge Leute sind viele Menschen von extremer Armut bedroht. 5,9 Millionen Syrerinnen und Syrer flüchteten nach Jordanien, in den Libanon, die Türkei, den Irak und Ägypten. Jeder vierte Bewohner des kleinen Libanons beispielsweise ist derzeit ein Flüchtling. Die syrischen Nachbarländer sind mit der großen Zahl der Geflüchteten stark belastet, 90 Prozent von einer Million syrischer Flüchtlinge im Libanon halten sich zum Beispiel in den ärmsten Regionen des Landes auf. Die Flüchtlinge aus Syrien leben in provisorischen

Camps oder Mietwohnungen, offizielle Flüchtlingslager gibt es im Libanon nicht.

In Jordanien gibt es zwar offizielle Flüchtlingslager wie das Azraq Camp oder das Camp Za'atari, in dem knapp 80.000 Syrer untergekommen sind. Doch die Situation in den Lagern und außerhalb ist angespannt, es fehlt an Nahrungsmitteln, Öfen in der kalten Winterzeit usw. Weil die internationale Staatengemeinschaft nicht zahlt, fehlt dem UN-Flüchtlingswerk Geld, um die Flüchtlinge allein in den Lagern in Jordanien zu versorgen. Hilfen wie Schulprogramme werden darum bereits eingeschränkt. Dazu kommt die Hoffnungslosigkeit: Mehr als sechs Jahre seit Beginn der Syrienkrise glauben viele nicht mehr wie noch am Anfang, schnell in ihre Häuser in der Heimat zurückkehren zu können.

Fluchtursachen bekämpfen

Immer häufiger wird in der aktuellen Debatte um die steigende Zahl der Flüchtlinge auf Entwicklungszusammenarbeit verwiesen. Fluchtursachen sollen mittels entwicklungspolitischer Arbeit bekämpft und abgewendet werden. Nichts anderes wünschen sich auch diejenigen, die aufgrund von Kriegen, Gewalt und Verfolgung ihr Zuhause aufgeben müssen. Doch die Fluchtursachen sind komplex. Die Gründe, warum Menschen fliehen müssen, sind oft das Ergebnis jahrelang falscher und unterlassener politischer Entscheidungen. Noch dazu ist die Eskalation der Gewalt in vielen aktuellen Kon-

flikten beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten sehr hoch. Auch lassen sich soziale Unsicherheit, politische Instabilität, zerstörte Lebensgrundlagen zum Beispiel durch Klimakatastrophen oder Landraub nicht von heute auf morgen beseitigen. Entwicklungszusammenarbeit allein kann hier nicht das Allheilmittel sein. Notwendig ist vielmehr eine umfassende, verantwortungsvolle und auf die Geltung der Menschenrechte abzielende Politik, die anders als die EU-Politik zur Fluchtursachenbekämpfung in den letzten Jahren nicht nur die Abwehr von Flüchtlingen zum Ziel hat, indem beispielsweise Grenzschutzanlagen ausgebaut werden.

Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die sich „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will.“
Artikel 1A, Genfer Flüchtlingskonvention von 1951

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Grafiken Alle Grafiken nach UNHCR (2017): Global Trends. Forced Displacement in 2015. **Foto** Hermann Bredehorst

Redaktion Eva Wagner, Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Schiller, Anne Dreyer
Berlin, Juli 2017